

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Quartalspreis 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechs-spaltige Kolonette
oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche
Berichte und Verammlungs-Anzeigen 20 Pf.

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 15. August 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Verzweifelten.

Die wüsten Phantasien eines Hintertreppenromans werden
jetzt in Frankreich politische Ereignisse. Die Ständeromantik
ist eine Nacht in jenen Schichten der Bevölkerung, die unter
den versuchenden Einfluß einer feilen, dummen und nieder-

Und doch sind diese Excesse einer zugleich verwahrlosten
und schwächlichen Phantasie nicht ungefährlich. Denn hinter
den auf der Bühne Agierenden stehen die mächtigen Um-

Für den letzten Sonnabend war der große Schlag vor-
bereitet. Der General der antirepublikanischen Genossenschaft,
Mercier, derselbe, der als Kriegsminister verbrecherisch Dreyfus
ans Messer lieferte, sollte an diesem Tage die fürchter-

Wir haben schon gemeldet, wie der Präsident der Anti-
semitenliga, Guérin, sich seiner Verhaftung widersetzte:

Er und seine Genossen verbarrikadierten die Haus-
thür im Lokal der Antisemitenliga mit Ballen. Guérin erklärte,
mit Revolver und Messer bewaffnet, den Polizisten, welche ihn
verhaften wollten, er werde sich aufs äußerste verteidigen.

Am Sonntag sammelten sich vor dem Hause der Antisemiten-
liga zahlreiche Kugler. Die Türen und Fensterläden des Hauses
waren geschlossen. Auf der Dachgalerie hielten mehrere mit
Karabinern bewaffnete Mitglieder der Liga Wache.

Um den Spatz vorstellbar zu machen, veranstalteten am
Sonntag während des ganzen Abends etwa 50 Antisemiten,
welche sich in einer Weinhandlung in der Rue Chabrol befanden,
gegenüber dem Hause der Antisemitenliga, in dem sich Jules
Guérin aufhält, Kundgebungen gegen die Juden.

Man vermied es mit Recht, den Herrchen die Ehre einer
gewaltsamen, wahrscheinlich blutigen Gefangennahme zu er-
weisen und man wartet gelassen, bis es ihnen in ihrer Festung
langweilig und ungemütlich wird; an tollen Plänen kann
man sich zwar berauschen, aber nicht — satt essen.

Im ganzen sollen bisher 48 Royalisten und Nationalisten
verhaftet sein, u. a. der Präsident des Ausschusses der roya-
listischen Jugend Godefroy und der Generalsekretär der
Patriotenliga Leminet. Vom Herzog von Orleans sollen be-
deutende Geldsummen für den beabsichtigten Staatsstreich
hergegeben worden sein. Man rechnete auf die Mitwirkung
der durch die Enthüllungen Merciers erhitzten Garriçon.

Die „Petite République“ giebt folgende Schilderung über
die Pläne:

In ihre letzten Schlupfwinkel getrieben hatten die Feinde
der Republik für diese Tage einen Handstreich beschlossen. Sie
mußten gleichzeitig in Rennes und Paris handeln. Dank der
Agitation, zu der der Prozeß Dreyfus Anlaß bot, hofften die
Führer in Rennes wie in Paris Unruhen zu erregen, durch
die das Einschreiten der bewaffneten Macht notwendig würde.

Der Handstreich ist mißglückt, und die Führer sitzen jetzt
hinter Schloß und Mauer. Sie werden sich binnen kurzem
vor Gericht wegen ihrer Teilnahme an dem Komplott gegen
die Sicherheit des Staates zu verantworten haben.

Rebrigens hatte die Regierung die Fäden des Komplotts
seit langem in der Hand. Wir haben es bereits vor mehreren
Wochen gesagt.

Royalisten, Bonapartisten, Cäsaristisch-geminte, Mitglieder
der Patriotenliga und der Antisemitenliga haben sich seit
Monaten vereinigt, um ihre Mittel zur Aktion gegen die re-
publikanischen Einrichtungen anzuwenden."

Am Montag fand in Paris ein Ministerrat statt,
über den folgende offizielle Note ausgegeben wird:

Der Minister des Reichern Delcassé erstattete Bericht über
seine Reise nach Petersburg und sagte, der herzliche Empfang,
die Freundschaft, die ausgetauscht seien bei dem Dinner beim
russischen Minister des Reichern Grafen Murawjew, belaudeten die
Festigkeit der immer enger sich gestaltenden Bande, welche Frank-

Der Justizminister berichtete über die auf Grund der
Artikel 87 und 89 des Strafgesetzes eröffnete Untersuchung wegen
des Komplotts. Die Untersuchung werde so schnell wie möglich
geführt werden.

Noch fürchterlicher als in Paris war die Niederlage in
Rennes. Der Retter des militärisch-kerischen Vaterlandes,
General Mercier, erweilte sich als ein Narr, der nur eine
Enthüllung zu bieten hatte, die über die Jämmerlichkeit des
Generals Mercier, der vier Stunden zitternd vor dem
Ausbruch eines Krieges dagehessen, eines Krieges zudem
der eine bloße Hallucination war. Der brave General ver-

Das Spiel war verloren, in Paris wie in Rennes.
Jetzt blieb nur noch übrig, nachdem man das Recht zum
Vorbe benutzte hatte, den Vorbe zum Recht zu erheben.
Labori, der Verteidiger Dreyfus, ward das Opfer. Meuch-

Die Ereignisse in Frankreich lehren, wie ungefähr eine Re-
volution der Reaktion ansteht. Sie zeigen die „Macht der
Finsternis“, die nach der Gewalt strebt. Sie beweisen, welche
Gefahren von einem chauvinistischen Militarismus drohen, der
mit Pfaffen und Monarchisten sich verbündet, um die
bürgerliche wie die sociale Demokratie zu vernichten.

Und fessam! Während nach den Attentaten auf Carnot
und auf die Kaiserin Elisabeth die reaktionäre Presse aller
Länder nach Gewaltmaßnahmen gegen den Umsturz schrie,
während in Deutschland die Umsturz- und Justizvorlagen
aus jenen Geschweiften Anregungen und Motive schöpften,
wagt niemand das schändliche Verbrechen, das an einem
tapieren Kämpfer des Rechts verübt worden, politisch auszu-
beuten. Ist dieses Opfer der nutzlosen Gewalt geringer denn
jene?

Man weiß, warum man diesmal schweigt, während sonst
der Leichenhandel als ein profitables politisches Geschäft gierig
und schamlos betrieben wird. Es ist doch diesmal ein wirk-
liches echtes politisches Attentat, es ist nicht die That eines
Wahnsinnigen oder Fanatikers, sondern das besoldete Verbrechen
im Dienste einer Verschwörung — es ist das Musterbeispiel eines
gemeinen politischen Attentats, hinter dem große Parteien und
gewaltige Einflüsse stehen. Gleichwohl rührt sich kein Versuch,
dieses Attentat auszuheulen. Warum, warum?

Es ist ein Attentat der Reaktion. Und die
Reaktionäre aller Länder sind einig darin, Ausnahmegeetze
nur gegen die anderen, gegen die Träger der Kultur zu
fordern. Laboris Blut läßt sich für dieses Handwerk nicht
verwenden.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 14. August.

Der Kanalhandel.

Am 16. August beginnt im preussischen Abgeordnetenhaus
der Entscheidungstampf um die Kanalvorlage, der zu Ent-
scheidungen über die ganze innere Lage führen kann.
Die wenigen Tage werden in der Presse zu bunten Be-
trachtungen ausgenutzt, ohne daß etwas Thatfächliches und
Sicheres dabei herauskäme. Der „Hamb. Korresp.“, der
offiziell bedient wird, faßt seine Ausführungen kurz in den
Satz zusammen: „Sieht man die Reaktionen der Presse als
hinreichend klare Spiegelbilder der Parteisimmungen an, so
ist der Schluß berechtigt, daß der Tag von Dortmund in den
parlamentarischen Aussichten der Kanal-
vorlage im wesentlichen nichts geändert
hat.“

In der That scheinen die Konservativen in ihrer Mehr-
heit keine Reigung zu haben, sich den kaiserlichen Wünschen
zu fügen. Die „Post“ legt das Hauptgewicht darauf,
daß die Entscheidung endgültig ausfalle. Würde die Vorlage
mit einer kleinen Mehrheit fallen, so würde die Regierung
alsbald mit dem Entwurf wiederkommen und damit die innere
Fehde fortgesetzt werden:

Aus Rücksichten der allgemeinen Politik kann daher der Vater-
landsfreund einen Ausgänger der Kämpfe um die Kanalvorlage nicht
wünschen, welcher keine definitive Entscheidung bringt, sondern nur
die jetzigen Wirrungen auf dem Gebiete der inneren Politik für
längere Zeit ständig macht. Ablehnung der Vorlage mit einer
so großen Mehrheit, daß vorerst an die Wiederaufnahme
des gesetzgeberischen Planes nicht mehr gedacht werden kann, ist
daher das zu erstrebende Ziel. Gelingt es zugleich,
in dem Abgeordnetenhaus durch einen Vermittlungsvorschlag, wie
z. B. die Empfehlung des Riffkanals, eine mittlere Linie zu
gewinnen, auf der Regierung und Mehrheit in der Zukunft sich
vereinigen können, so wird auch der anderenfalls zu beschärfende

Verlust an Ansehen für die Regierung vermieden und ein ver-
bindlicher Abschluß erreicht, bei dem es in Wirklichkeit weder
Sieger noch Besiegte giebt.“

Guten Muth ist das Centrum. Es ist offenbar gewillt,
seine Hingebung nur gegen höchste Verzählung zu spenden.
Das Centrum liebt die Politik der „Vorbedingungen“ —
eine Methode, in der sich der Schwächer jeder Art mit völliger
Ungebundenheit vereinigen läßt. Vorbedingung für ihre Zu-
stimmung zur Kanalfrage ist die Kommunalwahl-
Reform. Es schreibt die „Germania“:

Wir müssen es heute nochmals den beteiligten Parteien
wie der Regierung gegenüber auf das nachdrücklichste be-
tonen, daß das einzige, was die schwankenden Elemente
des Centrums für den Kanal gewinnen könnte, die glückliche Lösung
der Wahlreform für die Gemeinden ist. Segen die Kanal-
freunde im Landtage und die Regierung nicht alles ein, damit die
Wahlreform unter Dach kommt, dann wird alle Arbeit für die
Kanalvorlage vergebens sein.“

Die „Köln. Volkszig.“ hält den Kampf für äußerst
bedeutungsvoll:

Wir halten es für sehr gut möglich, daß die Hoffnungen der
Kanalfreunde wie die Befürchtungen der Kanalgegner später in
gleicher Weise enttäuscht werden. Eintheilen verleiht der große
Kampf, der sich um sie entiponnen hat, der Vorlage eine Wichtig-
keit, welche die der letzten Militär- und Marine-
vorlagen weit übertrifft. Der feierliche Aufmarsch der
Parteien von rechts und links hat die Wirkung, daß viel mehr
auf dem Spiele steht, als der Kanal selbst:
ein politischer Systemwechsel kann unter Umständen die
Folge sein. Man hat so lange gekämpft und einen so
großen Apparat aufgebaut, daß es sich jetzt um weit
mehr handelt, als um den Kanal selbst. Die Samoa-Inseln sind
nicht von großer internationaler Bedeutung, wenn es aber
darüber zwischen England und Deutschland zum Kriege gekommen
wäre, so würde der Krieg doch eine ebenso große Bedeutung ge-
wonnen haben, wie wenn er aus dem bedrohlichen Lebensinteresse des
einen oder anderen Staates entstanden wäre.

Die Centrumspartei darf das Bewußtsein haben, in
dieser Frage alle Excesse vermeiden zu haben; sie war stets bemüht,
einer Versämbigung das Wort zu reden. Die anfänglich
zögernde Haltung der Regierung, besonders die Unklarheit in der
Ausdrucks des Finanzministers, dann ferner die scharfe Opposition
der Konservativen haben bewirkt, daß die Frage sich zu einer
solchen ersten Ranges entwickelt hat. Jetzt ist allerdings
keine andere Alternative mehr möglich, als daß entweder das
Prestige der konservativen Partei oder die Auto-
rität der Regierung eine schwere Erschütterung er-
leidet. Geht der Kanal durch, so werden die Konservativen schon
durch den endlosen Jubel der liberalen Parteien — jedenfalls aber
auch durch andere Erscheinungen — befehrt werden, daß ihr
politischer Einfluß in Preußen damit eine Art
„innerer Sedan“ zu verzeichnen hat; wird er abgelehnt,
so gilt ganz dasselbe für die Regierung, die damit den Nimbus
der „Stärke“ vollständig eingebüßt hätte und als eine kaum
beachtenswerthe Instanz gegenüber der wirklich maß-
gebenden Autorität der konservativen Land-
lords erscheinen würde. Die beiden Partner — Regierung und
Konservative — hätten das vorher bedenken und den Streit
nicht so große Dimensionen annehmen lassen sollen.“

Die Konservativen sind natürlich nicht gewillt, dem
Centrum die „Vorbedingung“ zu erfüllen. Die Konservativen
hätten immer erklärt, die Kommunalwahl-Reform sei not-
wendig; allein es handelt sich dabei um so wichtige Fragen,
daß es ein Fehler wäre, diese Vorlage übers Anie zu
drehen.“

Gält diese Stimmung der Konservativen an, so würden
in der That die Kanalreden des Kaisers zum Zustandekommen
des Entwurfs nichts beigetragen haben. Das Wahrscheinlichste
ist immer noch, statt eines offenen Konflikts, ein Verschleppungs-
ausgleich.

Die ministerielle „Berliner Korrespondenz“ nimmt
nach längerer Pause die Verteidigung des Mittelkanals
wieder auf und schließt ihre Betrachtung wie folgt:

Der Mittelkanal kann als Prüfstein gelten, inwieweit
Industrie und Landwirtschaft einander hilfreich die Hand zu reichen
willens sind. Mögen auf allen Seiten die Worte Sr. Majestät
ernste Beherzigung finden: „Nur durch das Zueinanderstreben und
Reueinandersehen von Industrie und Landwirtschaft ist es
möglich, den Staat vorwärts zu bringen und auf gesunder Basis
weiterzuführen.“

Mit großem Eifer geht freilich die Regierung nicht ins
Zeug. Wir haben bisher weder von gelben Kanalheften noch
von Hülleschen Kanal-Flugblättern etwas gehört. Auch die
Kreisblätter scheinen nicht beeinflusst zu werden. Es scheint
also, daß die Regierung nicht allzu leidenschaftlich für den
Kanal eingenommen ist. Vor allem ist die Haltung des
preussischen Vizepräsidenten, Riquel, völlig unklar. Dieser
Schlangengemisch ist eine fast märchenhafte Persönlichkeit ge-
worden. Er hält sich im Hintergrunde, gebüht über den
staatsmännischen Herenkessel und brant seine geheimnisvollen
Tränke. Während man auf der einen Seite seinen Rücktritt
ankündigt, wird er auf der anderen Seite als Herr der
Situation geschildert. Sicher ist, daß ihn nicht dringende
Geschäfte nach Berlin gerufen haben, die ihn verhindern,
nach Dortmund zu reisen. Er war am Freitag gar nicht in
Berlin, sondern irgend wo anders, fern von Dortmund. Kurz,
die Angelegenheit ist recht dunkel.

Man giebt jetzt die Lösung aus, wie die Kanalfrage auch
ausgehen werde, es werde weder Besiegte noch Sieger geben.
In Wahrheit offenbart sich in dem Handel das ganze Geleud
unserer inneren Politik. Vom höheren Standpunkt giebt es
in dieser Angelegenheit nur Besiegte — wenn auch die wahren
Sieger einstweilen draußen jenseits der streitenden zärtlichen
Verwandten stehen. —

### Centrum und Zuchthausvorlage.

Die Rheinische Volksstimme, das Organ der rheinischen Centrumpartei, ist von Anfang an für die Zuchthausvorlage eingetreten. Nun schreibt sie in einer Auseinandersetzung mit einem Politiker, der ihr unter anderem vorgeworfen hatte, sie vertrete eine Politik, die dem Centrumsprogramm widerspreche:

„Besonders schämen wir uns gebührend, daß wir uns gegen die strikte Ablehnung der Streikvorlage erklärten, vielmehr der Ansicht waren, daß man der Regierung die Mittel nicht verweigern dürfe, um Arbeitswillige vor dem Terrorismus anderer Arbeiter schützen zu können. Dieser Ansicht sind wir noch heute, und wir möchten, die Geschichte der Streiks hätte unsere Ansicht als die richtige erklärt. Wir wollen aber dem Herrn Kaplan Limberg noch verraten, daß gar ein Führer des Centrums unserer Ansicht ist, wie wir ihm durch Briefe aus Abgeordnetentreifen beweisen können.“

Welche Kreise im Centrum werden einem Anbelag gegen die aufstrebende Arbeiterschaft lieber heute als morgen zustimmen. Dem ultramontanen Unternehmertum sind die Gewerkschaften und ihre Arbeitskämpfe genau so unbequem und verhasst, wie dem konservativen und nationalliberalen. Das alles steht fest.

Wir haben auch nie daran gezweifelt, daß bis hoch in die Leitung der Centrumpartei hinein der Wunsch nach härteren Maßnahmen im Sinne der Zuchthausvorlage besteht. Aber man hat ihn aus Rücksicht auf die katholischen Arbeiter geheim halten müssen. Und nun kommt die Rheinische Volksstimme und verrät, wie ein Centrumsführer im intimen Kreise geäußert hat, was öffentlich nicht laut werden durfte.

Das Centrum ist nun in einem Punkte zuverlässig, in der — Unzuverlässigkeit. An den harten Thatfachen wird aber auch schließlich seine Dreh- und Windepolitik scheitern. Die Zuchthausvorlage spaltet die Centrumsfraktionen. Der ultramontane Unternehmer stellt sich genau so innig dem liberal-kulturkämpferischen Ausbeuter, wie sich der katholische Arbeiter auf seine Interessengemeinschaft mit dem sozialdemokratischen Proletariat bezieht.

Und das ist ein nicht zu unterschätzender Gewinn des Zuchthausurteils.

### Zur Transvaal-Angelegenheit.

Englands Haltung gegen die Vorentregung wird immer drohender. Zwar ist eine ablehnende Antwort auf den englischen Vorschlag der Einsetzung einer Untersuchungskommission noch nicht eingegangen; man weiß nur, daß in Pretoria der englische Vorschlag kein Entgegenkommen gefunden hat, die Zurückweisung aber in einer Form erfolgen soll, die eine Brücke zur gegenseitigen Verständigung bietet — doch die durch die kapitalistischen Herren gegen Transvaal aufgeregte öffentliche englische Meinung sieht selbst in dieser Antwortverzögerung schon eine Rücksichtslosigkeit. Es kann heute kaum noch einem Zweifel unterliegen, daß es den Agitationen der südafrikanischen Wägen-Interessenten und ihrer seelenverwandten, nach neuen Kolonien verlangenden Freunde völlig gelungen ist, den größeren Teil der englischen Nation für einen Krieg gegen die Transvaal-Republik einzunehmen, und daß Ohm Paul in dem neuen Wahlscheidentwurf, den er mit seiner Antwort der englischen Regierung einreichen will, den Wünschen der Milner und Chamberlains sehr weit nachgeben muß, wenn ihm an einer Verhütung des Krieges liegt. England ist entschlossen, das letzte Wort zu sprechen, wenn es seine Ansprüche nicht auf friedlichem Wege durchzusetzen vermag. Es ist völlig zum Krieg gerüstet und nicht gewillt, die jetzige Gelegenheit, die sich ihm bietet, ein für allemal seine Herrschaft in Südafrika fest zu begründen, umhin zu gehen zu lassen. Man sagt sich eben, daß bei weiterer Ausdehnung des englischen Gebietes in jenen Gegenden es doch einmal zum Kampf mit den beiden südafrikanischen Republiken kommen muß, und daß unter diesen Verhältnissen es besser ist, ihn heute anzunehmen, wo England nicht in anderen Unternehmungen engagiert ist. Was die englischen Staatsmänner bisher noch zurückgehalten hat, ist nicht irgend welche Rücksichtnahme gegen Transvaal, sondern die offensichtliche Sympathie, welche die Boeren bei den stammverwandten Afrikanern der englischen Kolonien finden, sowie die Furcht vor einem allgemeinen Aufstande der Kaffernbevölkerung.

Wie man in den kapitalistischen Kreisen Englands denkt, illustriert treffend ein vorgefertigter Kriegsartikel der Times, der mit Verfriedigung konstatiert, daß, falls die Friedenswege versagen, die militärischen Operationen von einer Truppenmacht angeführt werden würden, in der alle Hauptteile des britischen Reiches vertreten seien. Es heiße nämlich, die Regierung werde nicht nur im Prinzip, sondern auch tatsächlich die aus den Kolonien kommenden Anerbieten, Truppen zu stellen, annehmen. Dagegen sollen Eingeborenen-Truppen aus Indien oder den Kronkolonien nicht verwendet werden; man sagt, es geschehe dies zum Teil aus Rücksicht auf die in Südafrika bestehenden Ansichten. Die Kontingente aus Indien und den Kolonien würden die Truppenmacht in Südafrika 25000 Mann bringen; hierzu würden im Bedarfsfälle weitere 30000 Mann aus England kommen. Der Artikel schließt: Wenn Großbritannien wider seinen Willen dazu getrieben würde, das mit Gewalt durchzusetzen, was zu gewöhnlicher Sache der Gerechtigkeit gewesen wäre, so würde eine gänzlich neue Lage in Südafrika geschaffen.

Gegenüber diesem Kriegseifer fehlt allerdings auch nicht die Abkühlung, so berichtet der Kapstadt-Korrespondent des Daily Chronicle, seinem Blatt, er habe die sichere Nachricht erhalten, daß der erste in Transvaal abgegebene Schuß, das Zeichen für einen allgemeinen Aufstand der eingeborenen Bevölkerung sein werde. Der Korrespondent verfährt positiv, die Reichsregierung sei gewarnt und beschiede deshalb die Eintreibung der neuen Hüttensteuer bei den Basutos.

Auch der Daily Mail wird telegraphiert, der erste in Transvaal abgefeuerte Schuß würde das Signal für einen allgemeinen Eingeborenen-Aufstand sein.

Daß bei dieser Haltung Englands auch die Boeren darauf bedacht sind, sich für den Kriegsfall mit Kriegsmaterial zu versorgen, ist bezeichnend. Wie es scheint, ist aber die erste größere Waffenladung gleich in der Delagoabay beschlagnahmt worden, wenigstens meldet die Daily Mail aus Kapstadt: Telegramme aus der Delagoabay besagen, daß die am Sonnabend mit dem Dampfer Reichstag angelommene Sendung Kriegsmaterial für Transvaal von den portugiesischen Behörden zurückgehalten wird. Die Ladung ist größer als vermutet wurde. Es befinden sich darunter 15000 Gewehre.

### Deutsches Reich.

#### Berliner Wind in Baden.

Aus Baden schreibt man uns: Der Fingern erster Güte am ministeriellen Himmel des liberalen Ministeriums, Herr Eisenlohr, ist ein Glühwürmchen erster Güte für die sozialdemokratische Opposition. Als lese er uns die Wünsche an den Augen ab, so dankbar müssen wir ihm sein für die radikale Art, angeht, der im Herbst stattfindenden Landtagswahlen die Wählerchaft jetzt schon für die Gegner des jetzigen nationalliberalen Regiments zu gewinnen. Nun revolutioniert er unsere im ehrenden Angedenken an den Gelderbnut der Rastatter Standrechtsofener lebende Gegenwart durch eine alle menschenfreundlichen Gemüter verzehrende Gewaltthat. Das Ministerium läßt durch seinen getreuen autmännischen Diener in Mannheim die Erinnerungsfeier verbieten, welche für den 20. August im Saalbau in Mannheim von einem sozialdemokratischen und demokratischen Lokalkomitee vorbereitet war, um nach der Uebernahme des neuen Grabdenkmals auf dem Rastatter Friedhof die Standrechtsofener von 1849 zu ehren und zu betrauern. Wie schärflich und rauh klingt dieses Verbot der liberalen Regierung! Unter dem summierenden oder integrirenden Titel „Die Abhaltung von Revolutionsfeiern betreffend“, steht der staatsretterische Haas folgendes Veto aus:

„In den Vorstand des sozialdemokratischen Vereins hier. Mit Bezug auf die Notiz in der heutigen Abendausgabe der Neuen Bad. Landeszeitung“, wonach die demokratische Partei in

Gemeinschaft mit der sozialdemokratischen Partei beabsichtigt, am 20. L. M. eine 1849er Gedenkfeier, bestehend in einer Versammlung im Saalbau, einer Feier auf dem Friedhof und einem Banquet, zu veranstalten, wird hiermit dem Vorstand des sozialdemokratischen Vereins eröffnet, daß jede öffentliche Versammlung zur Feier des Aufstandes vom Sommer 1849 oder der standrechtlich Erschossenen auf Grund des § 11 des Gesetzes vom 21. November 1867, das Vereins- und Versammlungsrecht betreffend, hiermit verboten wird.

Nun wird die ganze Amtmannschaft landauf landab mobil gemacht werden, damit das dankbare Volk nicht öffentlich den Pflichten der Pietät und historischen Gerechtigkeit huldigt. Die Helben von Rastatt, der Ramesmuth der bis vor die Standrechtsgewehre standhaften Volksmänner und Freiheitskämpfer läßt den feigen Nationalliberalismus in Baden bei dem Gedanken an seine elende Entartung zittern und bangen.

Die Antwort wird der Liberalismus bei den Landtagswahlen erhalten. Die sozialdemokratischen Siege werden die würdigste Ehrung der Opfer des Standrechts sein.

Inzwischen meldet uns ein Telegramm aus Offenburg, daß das Ministerium die Aufstellung des fertig daliegenden Grabsteins auf dem Rastatter Friedhof trotz des eingehaltenen Vertrages zwischen dem Stadtrat und dem Komitee verboten hat.

Auch Baden hat nunmehr seine Revolutions-Denkmalfrage. Es ist ein vernichtendes Zeugnis für den Niedergang der herrschenden Klassen, daß sie nicht einmal die Geschichte mehr zu ertragen vermögen.

**Die Schlachtpläne.** Sämtliche Fraktionen des Abgeordnetenhauses werden vor Beginn der zweiten Lesung der Kanalvorlage Fraktionsführungen abhalten, um über die Stellungnahme während der bevorstehenden Debatten Beschluß zu fassen. Die Nationalliberalen, Konservativen, Freikonservativen und die Polen werden am 15. d. M. vormittags, die freisinnigen Fraktionen am 16. d. M. vormittags und das Centrum wird am 15. und 16. d. M. Fraktionsführungen abhalten.

**Kaiserempfang und Ueberstunden.** Die königliche Maschinenwerkstätte in Dortmund beurlaubte durch folgenden Anschlag ihre Arbeiter zur Begrüßung des Kaisers:

„Am Tage des Kaiserbesuchs, Freitag, den 11. d. M., sind alle diesseitigen Werkstätten geschlossen und die Arbeiter beurlaubt, soweit keine dringlichen Arbeiten auszuführen sind. Der Arbeitsverlust wird in nächster Woche durch Ueberstunden nachgeholt.“

**Freisinnige Kommunalpolitik.** Bekanntlich hatte die freisinnige Stadtverwaltung von Kiel den Census für Gemeindevahlen wesentlich erhöht, das Oberverwaltungsgericht aber auf erhobene Klage die Wahrgel als ungesetlich bezeichnet.

Trotz dieses Urteils hat das Stadtverordneten-Kollegium soeben, wie uns ein Privattelegramm meldet, die Aufnahme von 3868 Einwohnern in die Bürgerrolle, die sich bei ihrer Reklamation mit gutem Rechte auf dieses Urteil berufen konnten, abgelehnt. Die freisinnigen Herren beharren also auf ihrer ungesetzlichen Wahlordnung, durch die Tausenden von Arbeitern ihr Wahlrecht beraubt wird.

**Aus dem Agrarierleben.** Aus Schaffstadt bei Halle wird uns unterm 13. August berichtet:

Große Erregung herrscht gegenwärtig in unserem Städtchen über das Auftreten des Großgrundbesizers und Referveleutnants Hochheim, der vor einigen Tagen auf dem Felde mit dem Gutsbesitzer Behold wegen einer ganz geringfügigen Sache in Streit geriet und darauf den V. mit einer Peitsche mißhandelte. Als sich V. darauf verteidigte und dem G. gehörig heimzahlte, ließ letzterer „seine Soldaten“ holen und den V. in unermesslicher Weise mit allerhand Feldwerkzeugen mißhandeln. Hochheim soll den polnischen Arbeitern mit den Worten: „Schlagt den Hund tot!“ 3 M. geboten haben. Behold liegt schwer darnieder. Die polnischen Arbeiter sind verhaftet und Hochheim soll ins Bad gerufen sein.

Die Löttauer Bauarbeiter, die die gleiche Nebenwendung brauchen, sind bis zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt worden!

**Soldaten als Gehäufträger.** Aus Köln wird uns berichtet: Daß die zweijährige Dienstzeit immer noch zu lang ist, sieht man wieder daran, daß auf dem Hauptbahnhof von Köln seit etwa vierzehn Tagen Soldaten des Pionier-Bataillons Nr. 7 als Gepäckträger verwendet werden. Die Leute arbeiten in Militärmägen und Drillrock. Die Gepäckbeförderung ist in Köln, wie wohl überall in großen Städten, einem Privatunternehmer übertragen.

**Deutsch bei Geldstrafe!** Die Regierung drohte dem Hotelbesitzer Kurzewski in Schmitz, und seinem Bruder, der Hauptlehrer in Deutsch-Presse ist, je 150 M. Geldstrafe an, wenn sie nicht ihren alten Namen kurze weiter führen. Der Hotelbesitzer Kurzewski beantragte dagegen gerichtliche Entscheidung.

Nun wird die Regierung wohl auch dies Mittel auf den Marineprofessor Levy v. Halle anzuwenden!

**Ultramontaner Eitel.** Man schreibt uns aus Baden: Einem lastigen Eitel huldigen die von Kaplänen geleiteten Provinzialblätter, die auch ihren antisemitischen Gelüsten keine Hängel anlegen. In der katholischen Rastatter Zeitung leitartikel eine priestertliche Feder über die Religiosität der sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten, welche mit den christkatholischen Liebesmitteln belegt werden: „Oberlozzern, roter Generalstab, rote Edelorte“. Dann geht die Beschimpfung der einzelnen Vorkennnisse los; an die mit der Marke „Katholik“ in den Reichsalten eingetragenen Fraktionsmitglieder werden folgende heilige Worte gerichtet:

„Am tolligsten nehmen sich bei den Sozzen die Herren aus dem Bezirkamt Jerusalem aus, die von unsere Zeit“. Die dürfen natürlich nicht fehlen. Der 14. Teil der sozialdemokratischen Abgeordneten besteht aus Juden! Karolenben. Karon wie haist? Hast De nicht Lust, auch zu gain zu de Sozze? Wo könnte wir machen ein besseres Wilschaft? Hat Bebel, der graunze, was ist gewiesen e Drecksler, e Wilsa gewinne am Walschälder See in der Schweiz, nu lömme m'rs auch so weit bringel Karon, ich mach mit.“

Der in diesem Stil — da wird von dem sozialistischen Kuhzunftstaat geredet — fortgehende Artikel klingt aus in die Parole: Fort mit der Sozialdemokratie! Die „roten Brüder“ müssen weg aus den Parlamenten, sie sind Feinde der Religion. Und der Beweis wird in folgender schlagfertigen Weise erbracht:

„Wir brauchen keine Religion und keine Kirche mehr: wir schaffen Gott ab! So in einer öffentlichen sozialdemokratischen Berliner Versammlung.“

Kämen die Herren Sozzen dann aus Land, „so verlegen sie sich aufs Wägen.“

Nach einer derartig anziehenden Schilderung der sozialdemokratischen Parlamentarier fragen sich die Würgelbaler Bauern hinter den Öhren und sprechen: Wir verstehen nur eins nicht: warum bei uns in Baden und erst kürzlich in Bayern die Herren von der katholischen Geistlichkeit die Wahl der Sozialdemokraten protiegelten.

Auch aus dem Elsaß wird uns von solchen geistlichen Stillkumstwerken berichtet:

Der geistliche Leiter der Merikalen „Oberlössischen Landeszeitung“ zu Wülhausen i. E., dessen seltsame Beleuchtung der Darwinischen Descendenztheorie kürzlich an dieser Stelle Erwähnung fand, hat in seinem Blatte eine neue Probe praktischer Christentums abgelegt. In einer Polemik gegen unter reichsständischen Parteiorgan, das mit einigen wenigen Worten der übertriebenen Lobhudelei entgegentrat, mit welcher die Merikale Presse den kürzlich verstorbenen Reichstags-Abgeordneten Spies von Schlettstadt ins Grab geleitet hatte, bindet der Herr Abbe-Redacteur von Wülhausen den folgenden hübschen Strauß dufender Stillblüten:

„Die Freie Presse“ holte zum Tode des allberühmten Abgeordneten Spies sich vorerst einige Anstandsbriefchen anfertigt: zum Schluß aber mußte die Schweinerei kommen. Man ist eben nicht vergebens berufsmäßiger Schweinepelz. Das Geschmier der roten Klokale ist namenloser Wüstling, angerührt mit Mistjauche und verrät als Schmierantzen einen Stallkuch oder Latrinenspüher. Der Ehrenmann, der unter der einflussreichen Huldigung des ganzen Elasses dort drunten in Schlettstadt ins Grab geleitet wurde, steht zu hoch in aller Achtung, als daß der Jammermensch aus der roten Klokale ihn mit seinen schmierigen Pfoten und seiner Kotbrähe erreichen könnte. Lassen wir denn das Stinkier in seinem Wustse sitzen und an seiner sauberen Arbeit sich vergnügen, nach würdiger Verwandten Art. Beehren wir ihn nur so obenhin mit einem kräftigen Vergachtungstritt nach seinem schmutzstiefelnden Affengeficht — und reinigen wir nachher unsere Schuhe!“

Eine kürzlich durch die reichsständische Presse gegangene Nachricht von dem bevorstehenden Austritt des stillgewandten Herrn Abbe aus der Redaktion der „Oberlöss. Landesztg.“ wurde von berufener Seite aus entschiedenste demüthert. Die Welt kann sich also auf weitere Genüsse gefaßt machen.

**Eine seltene Auflage** wurde kürzlich vor der Strafkammer des Landgerichts Straßburg i. E. verhandelt. Der katholische Pfarrvikar Luz hatte sich wegen Vergehens gegen den § 67 des Gesetzes vom 6. Februar 1875 über die Beurkundung des Personenzustandes zu verantworten. Dasselbe bedroht Geistliche, die zur kirchlichen Eheschließung schreiten, bevor ihnen der Nachweis der standesamtlichen Trauung erbracht worden ist, mit Gefängnis bis zu 3 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 300 M. Der angeklagte Vikar gab zu, im vollen Bewußtsein der Strafbarkeit gegen die erwähnte Gesetzesbestimmung verstoßen zu haben und beschränkte sich lediglich darauf, durch den Hinweis auf die seltsamen Umstände, die ihn hierzu bewogen, an die Milde des Richters zu appellieren. Als Urtheil ergab sich, daß Vikar Luz vor kurzem an das Lager einer todkranken Frau gerufen wurde, die ihn flehentlich bat, ihr die Sterbesakramente zu spenden. Der Erkrankte erklärte jedoch, diesem Wunsche nicht entsprechen zu können, weil die Sterbende in todkräftiger Ehe lebte und die kirchlichen Satzungen es nicht gestatteten, daß die erbetene priestertliche Handlung einer Person gestattet werde, die der katholischen Kirche durch ein Verfallnis, wie das erwähnte, Kergernis bereite. Da die mit dem Tode Ringende aber nicht absteht, so griff der Geistliche, um, wie er angiebt, den letzten sehnlichen Wunsch einer Sterbenden erfüllen zu können, zu dem ihm angeblich von seinen Amtsbrüdern angerathenen Ausnahmismittel, die Frau an Ort und Stelle mit ihrem Geliebten, der damit einverstanden war, kirchlich zu trauen. Dann erteilte der Geistliche die Sterbesakramente. Die Kranke verschied bald nach der religiösen Handlung. Trotz der vorgebrachten Gründe konnte das Gericht natürlich zu einem völlig freisprechenden Urtheil nicht gelangen; es erkannte jedoch nur auf die geringe Geldstrafe von fünf Mark. Die von dem beurteilten Priester abgeschlossene Ehe entbehrt nach § 41 des erwähnten Personenzustandsgesetzes jeder rechtlichen Gültigkeit.

### Ausland.

#### Eine Spionagegeschichte.

Wie dem „Berl. Tageblatt“ aus Wien telegraphiert wird, bringt die „N. Fr. Z.“ soeben die Nachricht, daß dort ein hoher Staatsbeamter wegen Spionage verhaftet wurde. Es ist dies August v. Rosekig. Oberrevident der L. Staatsbahnen im Eisenbahnministerium. Er entwendete die auf die Mobilisierung bezüglichen, im Eisenbahnministerium liegenden Akten, die er an Ritter v. Przbroworski verkaufte. Dieser ist seit dem Februar flüchtig. Er ließ sich die Person bis Juni nach Brüssel senden, seither nicht mehr. Verwickelt in die Affaire ist auch ein gewisser Przbizky, der ebenfalls verhaftet wurde. Die Akten wurden an die französische, wahrscheinlich auch an die russische Regierung veräußert.

#### Oesterreich-Ungarn.

**Nachspiel zu den Cillier Tumulten.** Es war vorauszusehen, daß die Vorgänge in Cilli von den verschiedenen Parteien benutzt würden, um daraus für ihre Sonderbestrebungen Kapital zu schlagen. So suchen die Czechen aus den Tumulten in Cilli die Notwendigkeit eines engeren Anschlusses der Slowen an die Reichsratsmehrheit zu begründen, während von den Slowenen die Cillier Vorkommnisse als Argument gebraucht werden, um die Regierung aufzufordern, endlich energisch vorzugehen und die Verfassung abzuändern. Doch damit noch nicht genug, die Slowenen wollen auch ihre Revanche haben. Am 25. August beabsichtigen sie in Sachsenfeld ein slavisches Fest zu feiern und vom dortigen Festplatz aus bewaffnet nach Cilli zu marschieren.

#### England.

**Zusammenstöße mit der Polizei in Irland.** In Irland kam es Sonntagabend in verschiedenen Städten zu blutigen Zusammenstößen. In Belfast wurden die Mitglieder eines Clubs, die den Aufruf von Toffe feiern wollten, von der Polizei hienan gehindert. Es entstand ein großer Tumult, der sehr schnell in eine regelrechte Schlacht ausartete. Es mußten Truppen requiriert werden, und nur mit großer Mühe gelang es, die Tumultuanten zu zerstreuen, von denen über hundert verwundet wurden. Auch von der Polizei und den Truppen wurden viele verwundet. Die Bevölkerung verteidigte sich mit Kläusen und Steinen.

Auch in Londonderry kam es zu Kämpfen zwischen Protestanten und Katholiken. Die Polizeibeamten, welche einschritten, wurden von der Menge verletzt. Es wurde die Anruhrtruppe verlesen und Truppen herbeigerufen.

#### Italien.

**Erfahrungswahl.** Die aus einer telegraphischen Meldung des Wolffschen Bureau hervorgeht, sind die gestrigen Erfahrungswahl zur Deputiertenkammer keineswegs nach dem Wunsch der Regierung ausgefallen. Für Forti wurde Ghisla, für Mailand Turati und für Ravenna De Audreus wiedergewählt. Die Regierung hat also den Zweck, den sie mit der Auflösung der Wahlen verfolgte, nicht erreicht.

#### Serbien.

**Zur Kabinettskrise.** Vor der Abreise des Königs nach Belgrad konnte die Kabinettskrise nicht mehr gelöst werden. Alle Personen, denen man die Portfeuille anbot, lehnten entschieden ab. Es wurde deshalb einstweilen dem ehemaligen Professor von Belgrad, Gutschitsch, der vor drei Jahren aus der liberalen Partei ausgestoßen worden ist, das Ministerium des Innern übertragen. Mit der provisorischen Leitung des Handelsministeriums ist, wie schon gemeldet, Finanzminister Petrovitsch betraut, während die Minister des Krieges und der öffentlichen Bauten, die beide Offiziere sind, auf Befehl des Königs provisorisch ihre Aemter weiterführen.

#### Rußland.

**Politische Verhaftungen.** In Petersburg haben, wie uns geschrieben wird, in der letzten Zeit wieder Verhaftungen aus politischen Gründen stattgefunden, über welche uns bis zur Zeit nichts Näheres bekannt geworden ist. Wir sind nur in der Lage, die Namen von 9 Arbeitern der Putilowschen Fabrik mitzutheilen, welche im Juli — weil sie, wie es scheint, im Verdachte standen, Flugblätter unter ihren Kollegen verbreitet zu haben — verhaftet wurden. Es sind dies Nikolai Jankelsohn, Wassili Jankelsohn, Mikhael Gawrilow, Paul Iwanow, Wassili Stepanow und Paul Mollof (diese sechs arbeiteten in der Eisenbahnwagen-Werkstatt), und Wassiliow, Kalinin und Klimenti Sjach (aus der „neuen mechanischen“ Werkstatt).

**Folgen der Studentenbewegung.** Die Rektoren der Universitäten Petersburg und Kasan haben auf ihr eigenes Ersuchen ihren Abschied als Rektoren erhalten.

**Studenten-Überwachung.** Kürzlich erließ bekanntlich der Minister der Volksaufklärung neue Bestimmungen, die eine Beaufsichtigung der Studenten seitens der Lehrbehörden bezweckten. Jetzt veröffentlichten russische Blätter wieder einmal ein „allerhöchstes Manifest“, dem eine weitere Maßregelung der Studenten zu Grunde liegt. Alle Studenten, die der Anstiftung von Unruhen, der Teilnahme an solchen oder der Begründung sich verbündeter Vereine haben oder sich in der Zukunft machen werden, sollen ohne weiteres relegiert und sofort als Gemeine (dreijährige) in das Heer eingestuft werden. An jeder Universität soll ferner ein besonderer Rat gebildet werden, der aus dem Rektor, sowie aus Mitgliedern des pädagogischen Kollegiums in Petersburg und je einem Vertreter der Ministerien des Krieges, des Innern und der Volksaufklärung zusammengesetzt und allem Ansehen nach eine Art politisches Inquisitionsgericht bilden soll. Die deutschen Studentenverbindungen an dem Kaiser Polytechnikum und der Universität Dorpat sollen demnächst einer Verfügung des Ministeriums der Volksaufklärung zufolge, aufgehoben werden.

**Türkei.** Die bulgarische diplomatische Agentur überreichte gestern der Post eine Note, in welcher darüber Beschwerde geführt wird, daß in neuerer Zeit den Makedonern nicht gestattet werde, freihändlerisch nach Bulgarien zu reisen, was dem internationalen Rechte und guter Nachbarschaft zuwiderlaufe. Eine ähnliche Note betreffend das Verbot von Reisen makedonischer Arbeiter nach Bulgarien war erst kürzlich überreicht worden.

**Protest der europäischen Völkervereinigung.** Der deutsche Völkervereiniger hat sich den Protesten der Völkervereiniger Englands, Italiens, Oesterreich-Ungarns und Russlands gegen die Sperrung der neutralen Quarantäne angeschlossen.

**Amerika.** General Merritts Ernennung zum Oberbefehlshaber der Philippinen-Armee. Die wir vor einigen Tagen berichteten, war in Washington in Aussicht genommen, dem Oberbefehlshaber der Unionarmee, General Miles, das Oberkommando über die Truppen auf den Philippinen zu übertragen. Von diesem Plan scheint man — aus welchen Gründen, ist nicht recht ersichtlich — in den Regierungskreisen zurückgekommen zu sein, denn jetzt ist General Merritt zum Oberbefehlshaber der amerikanischen philippinischen Armee ernannt worden. Dem General Otis ist, um ihn nicht zu tief zu demütigen, nur das Amt als Militärgouverneur der Stadt Manila geboten. Das amerikanische Heer im philippinischen Archipel soll auf 48 000 Mann erhöht werden: eine Zahl, die von allen Kennern der philippinischen Verhältnisse für völlig unzureichend erachtet wird, da als Besatzung für Manila allein 20 000 Mann erforderlich sind, weitere 5000 bis 6000 Mann zur Besetzung verschiedener wichtiger Punkte auf der Visayas-Gruppe gebraucht werden, so daß als Operationsarmee gegen die Philippinen nur etwa 20 000 Mann übrig bleiben. Wie es heißt, soll General Merritt selbst alles Mögliche in Bewegung gesetzt haben, um den Oberbefehl, der ihm bekanntlich schon einmal übertragen war, wiederzuerlangen. Er will die Gerüchte, die damals über seine unfähige Truppenführung im Umlauf waren, widerlegen und sich den Ruhm erwerben, die Philippinen endgültig den Vereinigten Staaten erkämpft zu haben. Wenn er sich nur nicht in seinen Hoffnungen täuscht! Die Eroberung der Philippinen wird den Spaniern noch schwere Opfer kosten.

**Zum Aufstand auf Haiti.** Nach den letzten eingelaufenen Meldungen ist die Stadt Montreux auf Haiti umzingelt. Die Revolution zu Gunsten von Jimenes breitet sich aus.

**Aus Portorico** meldet der Gouverneur General Davis, daß hunderttausend Menschen obdachlos sind. Die Zahl der Toten beträgt wahrscheinlich mehr als tausend. Mehrere tausend Tonnen an Nahrungsmitteln werden für die nächste Zeit jede Woche erforderlich sein.

**Asien.** Aus dem Himmlischen Reich. Der „North China Herald“ bringt wieder mal ein Beispiel für die Korruption der chinesischen Verwaltung. Wie er berichtet, hatte die Kaiserin-Witwe einen ihrer Vertrauten, Kang Si, als kaiserlichen Kommissar nach Kanton geschickt, damit er dort eine Untersuchung gegen den alten Vicekönig Liu Sun Si anstelle. Kang Si war niemals ein Freund von Liu gewesen; er hatte vielmehr jahrelang unbedecktes alles gesammelt, was sich irgendwie zu Liu's Nachteil auslegen ließ. Gleichwohl hatte Liu seinen Feind bewundernswürdig können, wenn er einige Beutel voll Zehnen für ihn bereit gehalten hätte. Dies würde umsonst Eindrücke gemacht haben, als Kang Si der Kaiserin-Witwe bei seiner Abreise versprochen haben soll, er werde in den Provinzen am unteren Jangtse-Kiang binnen drei Monaten drei Millionen Taels (etwa acht Millionen Mark) für sie sammeln. In derartigen Fällen pflegen die weißen Mandarinen ihre Taschen dem unheimlichen Kommissar weit zu öffnen, weil sie sonst nur alle begründete Angst haben müssen, ihren Posten zu verlieren. In Kanton sollte Kang eine bittere Enttäuschung erleben. Der Vicekönig Liu, der bereits die Hälfte der sechziger Jahre erreicht hat, hat ihm seinen Pfennig gegeben. Statt dessen will er sich trotz seines hohen Alters selbst nach Peking begeben, um seiner gefährlichsten Herrin persönlich einige Millionenchen ersuchend zu Füßen zu legen. Das wird sie dann schon für ihn einnehmen.

## Zur Kritik der amtlichen Streikstatistik.

IV.  
**Die Methode der Streikstatistik.**  
Es ist kein Wunder, daß alle Angaben, wo es immer nur möglich ist, zu Ungunsten der Arbeiter gefälscht sind; wurden doch bis jetzt Arbeiter oder Arbeiter-Organisationen zur Ausfüllung der Streik- Fragebogen gar nicht herangezogen. Zwar hat der Bundesrat vorgeschrieben, daß die Ortspolizeibehörde ein „objektives“ Bild des Streiks durch Erkundigungen beim Arbeitgeber und den Arbeitnehmern zu gewinnen suche, in der Regel wird jedoch die Sache so gemacht, daß irgend ein untergeordneter Polizeibeamter, dem man ein Verhör mit der modernen Arbeiterbewegung nicht zumuten darf, für den Streik- Fragebogen die Antworten an Ort und Stelle sammelt. Da werden auch die Arbeiter vernommen, aber fragt man sich nicht wie? Die Erkundigung gleicht mehr einem Verhör, dem sich ein Angeklagter zu unterziehen hat, als einer Feststellung des Sachverhaltes, bei der die Angaben der Arbeiter mindestens jenseitig Anspruch auf Glauben und Vertrauen verdienen, wie diejenigen der Arbeitgeber. Daß die bisher befolgte Methode einer einseitigen Polizeistatistik, wie sie Graf Posadowski eingeschlagen hat, verfehlt ist, wird regierungsfreudig unumwunden zugestanden. Eine Verbesserung der Resultate erhofft man dadurch, daß man bei der Nachprüfung der Nachweisungen die Gewerbe-Aufsichtsbeamten in thunlichst weitem Umfange heranzieht. In diesem Sinne haben die Minister des Innern sowie für Handel und Gewerbe kürzlich eine Verfügung erlassen, aus der hervorgeht, daß die bisherigen Resultate der Streikstatistik kein objektives Bild des Sachverhaltes ergeben haben. Wenn die „Berliner Neuesten Nachrichten“ der Ansicht sind, daß die Presse der Arbeitnehmereise es sicher nicht an scharfer Kritik der Statistik fehlen lassen werde und zwar deswegen, weil diese neue Statistik ihr wenig genehm sei, so täuschen sie sich, wenn sie glauben, die Feststellung der Wahrheit könnte den Arbeitern unangenehm sein. Eine einseitige Feststellung des Sachverhaltes aber zu Ungunsten der Arbeiter werden wir allerdings belächeln und die „Berliner Neuesten Nachrichten“ sind ja in diesem Falle selbst einseitig genug, zuzugeben, daß die Streikstatistik noch lange nicht so ist, wie sie sein konnte. Wir verlangen in erster Linie eine grundsätzliche Aenderung der Methode, die ihrer polizeilichen und staats-anwaltlichen Nebenabsicht entkleidet werden muß. Die in der Verfügung der preussischen Minister des Innern, sowie für Gewerbe und Handel eingeschriebenen Aenderungen genügen nicht; in der Hauptsache muß der Gewerbe-Aufsichtsbeamte die Verantwortung für die Aus-

fällung der Fragebogen, die gleichfalls abänderungsbedürftig sind, übernehmen und gehalten sein, bei Arbeitern und Arbeitgeber resp. dort, wo Organisationen vorhanden sind, bei diesen sich über die Verhältnisse eines Ausstandes zu erkundigen. Wir sind im höchsten Grade an einer guten amtlichen Streikstatistik im Deutschen Reich interessiert, wir wissen auch, daß die das Material verarbeitende Behörde alles thut, um ein objektives Bild zu geben. Aber was nicht alle Objektivität an der Spitze, wenn man von unten her durch alle Instanzen hindurch nur aufsehbares, oft sogar tendenziöses Material erhalten hat. Kann es anders sein, wenn man den Fragebogen einen kriminellen Charakter geben und zur Verantwortung derselben Behörden ausgewählt hat, die in jedem Streik ein Vergehen gegen die heutige Ordnung, gegen Recht und Gesetz erblicken? Wenden man in diesen beiden Punkten nicht, so wird die deutsche amtliche Streikstatistik auch keinen Anspruch auf wissenschaftliche Autorität und Glaubwürdigkeit machen dürfen.

## In Rennes.

### Das Attentat auf Labori.

Auf den Verteiliger Drehfus' Labori wurde am Montagmorgen auf dem Wege zum Kriegsgericht in dem Augenblick, als er die Rue Chateaubriand passierte, ein Schuß abgegeben. Ein zerklumptes Individuum, das hinter einer Mauer versteckt auf Labori gelangt hatte, trat, als Labori vorübergegangen war, aus seinem Versteck hervor, ging hinter Labori her und feuerte aus nächster Nähe einen Revolverschuß auf diesen ab. Labori drehte sich um, wollte und sank alldahin auf die rechte Seite. Der Schuß zog eine Anzahl Personen herbei, welche dem Verwundeten die erste Hilfe leisteten. Der Verwundete, welcher das Bewußtsein verloren hatte, kam bald wieder zu sich.

Die Kugel ist Labori in die Weichstelle des Schulterblattes gedrungen. Nach dem Bekanntwerden des Attentats eilten zahlreiche Journalisten, Advokaten, Polizisten und Gendarmen herbei. Auf Wunsch Laboris wurde der Arzt Dr. Reclus sowie ein Wagen herbeigeholt, in welchem Labori sofort nach seiner Wohnung geschafft wurde. Obgleich er matt war, besah Labori den Wagen mit Hilfe seiner beiden Sekretäre. Der Thäter floh in der Richtung des einen Kanalarms. Wäscherinnen, welche den Fliehenden sahen, gaben den ihn verfolgenden Polizisten eine ungefähre Beschreibung. Danach ist der Mörder von mittlerer Größe, trägt schmutzige zerlumpte Kleider und eine Tuchmütze. Etwa 20 Polizisten folgten dem Mörder in der angegebenen Richtung. Bisher blieben die Nachforschungen erfolglos. Der Polizeipräsident und der Präfeld, welche von dem Attentat im Sitzungssaal des Kriegsgerichts hörten, begaben sich sofort zu dem Verwundeten. Labori war im Augenblicke des Attentats nicht allein, sondern befand sich in Begleitung des Oberstenquartiers Vicquart und Gasts, in deren Arme er fiel. Beide verfolgten, nachdem sie den Verwundeten auf die Erde gelegt hatten, sofort den Mörder und machten die am Kanal beschäftigten Arbeiter unter den Ausrufen „Mörder“ auf den Fliehenden aufmerksam. Einer der Arbeiter versuchte ihn aufzuhalten. Der Mörder trat ihm mit erhobenem Revolver entgegen und rief: „Lassen Sie mich, ich habe soeben Drehfus getötet“. Der Arbeiter ließ den Mörder fliehen, welcher jedoch immer noch von den Freunden Laboris verfolgt wurde. Ein Radfahrer berichtete, daß der Mörder sich auf dem Felde auf dem Wege nach dem Schlosse Dixon verborgen habe und von Vicquart und Gast verfolgt werde. 20 berittene Gendarmen machten sich zur Verfolgung des Mörders auf.

Das Feld, auf dem der Mörder sich verborgen hält, ist von allen Seiten umstellt; bisher ist der Mörder jedoch noch nicht verhaftet. Er ist sich ins Feld flüchtete, rief er „Ich gehe ins Wasser!“ Der Staatsanwalt ist an Ort und Stelle. Es bestätigt sich, daß die Wunde Laboris nicht sehr tief ist. Nachdem Labori zu Boden gesunken war, wurden ihm von einer bisher unbekannt Person — zweifellos einem Mitschuldigen des Attentats — mehrere Briefe aus der Rocktasche gestohlen, darunter befindet sich ein Brief Clemenceaus an Taubard und ein Brief Reinachs an Labori. Es heißt, die Briefe seien ohne Bedeutung. Die Polizei ist überzeugt, daß Labori einem regelrechten Komplott zum Opfer fiel.

### Der Eindruck im Gerichtssaal.

Um 6 Uhr 20 Min. wurde die Sitzung des Kriegsgerichts eröffnet. Nachdem Drehfus vorgeführt war, erklärte der Vorsitzende, wenn die Kundgebungen vom Sonnabend, die besonders von den Journalistenbänden ausgingen, sich wiederholten, würde er ohne Zögern den Saal räumen oder sogar den Pressedienst unterbrechen lassen.

Demange ersucht den Vorsitzenden, die Sitzung zu vertagen, bis man über den Zustand Laboris unterrichtet sei, der durch die Kugel eines Mörders getroffen worden sei.

Der Präsident drückt sein Bedauern über das Attentat aus. Demange erklärt, man werde die Verhandlungen nicht fortsetzen, bevor man wisse, ob Labori daran teilnehmen könne.

Darauf zieht sich das Kriegsgericht zur Beratung zurück. Im Saale erreicht die Erregung den Höhepunkt. Demange begibt sich während der Unterbrechung der Sitzung zu Labori.

Zwischen den Journalisten kommt es zu heftigen Auseinandersetzungen, besonders in der Gruppe, in welcher sich der Direktor des „Gaulois“, Arthur Regier, befindet, welcher die Ansicht ausdrückt, daß alle Journalisten für das Attentat verantwortlich seien. Frau Severin protestiert heftig hiergegen und erklärt: „Sie allein sind für den Verfall verantwortlich.“ Die Gendarmen treten dazwischen und zerstreuen die Gruppen. Alle Stühle werden entfernt. Die Ruhe wird wiederhergestellt.

Um 7 1/4 Uhr berichtet ein Journalist, daß die Verwundung Laboris nicht so ernst wäre, wie anfangs angenommen worden sei. Die Kräfte hofften, die Kugel entfernen zu können, welche vermutlich im Muskelfleisch stecken geblieben sei.

Um 7 3/4 Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet. Demange erklärt, obgleich die Verwundung Laboris nicht ernst zu sein scheint, könne er doch den Verhandlungen nicht beiwohnen.

### Fortsetzung des Zeugenverhörs.

General Mercier wird herangeführt. Casimir Perier ist zugegen. Auf die Frage des Vorsitzenden erklärt Mercier, er beharre dabei, zu glauben, daß Esterhazy das Vorderreau nicht geschrieben habe, obgleich er sich selbst als dessen Urheber bezeichnet hätte. Das Vorderreau sei auf Bankpapier geschrieben und in einer fremden Handschrift gefunden worden.

### Casimir Perier

Auf Ersuchen des Vorsitzenden erklärt Casimir Perier bezüglich der angeblichen Geständnisse, er habe niemals von Hauptmann Lebrou - Renaud davon Mitteilungen erhalten. Ministerpräsident Dupuy sei im Elysée gewesen, als Lebrou - Renaud dort anwesend war. Casimir Perier verliest einen Brief Dupuy's, in welchem dieser bestätigt, daß Lebrou - Renaud auf die Frage Dupuy's geantwortet habe, General Mercier habe ihn, Lebrou - Renaud, zu dem Präsidenten der Republik geschickt, um denselben in der Angelegenheit der von ihm im Prozeß begangenen Judisikationen zu sprechen.

Mercier erklärt: Hauptmann Lebrou - Renaud hat mir in Gegenwart des Generals Gouze, der das bezeugen kann, von den Geständnissen gesprochen, darauf habe ich ihn zum Präsidenten geschickt. Bezüglich der am Sonnabend von General Mercier gemachten

Erklärungen über die diplomatische Lage 1894 sagt Casimir Perier: „Es kam dem General Mercier nicht zu, bei diplomatischen Unterhandlungen zu intervenieren, ich würde ihn, wenn er das gewollt hätte, daran verhindert haben. Ich allein habe mit dem Grafen Münster konferiert. Mir blieb der Eindruck, daß völlige Ruhe bestände, andernfalls würde der Zwischenfall nicht durch die Abfassung einer Note abgeklärt worden sein. Wir haben an jenem Abend von Berlin keine Nachricht erhalten. Graf Münster berichtete hierüber nach Berlin. Wenn man am Abend des 6. Nachricht gehabt hätte, würde man nicht bis zum 8. mit der Veröffentlichung der Note gewartet haben. Es wurde keine Depesche an eine befreundete Macht gerichtet. Der Zwischenfall ist aufgebauht worden. Andererseits, im Falle von diplomatischen Verwickelungen, würde ich mich an den Minister des Auswärtigen gewendet haben.“

Mercier erwidert, er sei als Kriegsminister im Elysée gewesen und erinnere daran, daß General Voisidreffe bezüglich der ihm erteilten Weisungen auslegen könne.

Der Verteidiger Demange weist auf diese Erklärung hin und verlangt, daß General Mercier wiederhole, daß er am 6. General Voisidreffe Weisungen bezüglich der Mobilisierung gegeben habe.

Casimir Perier erklärt, er wolle auf gewisse Insinuationen Merciers nicht antworten. Die Umstände seien zu traurig und zu tragisch, er werde deshalb in die Verhandlungen keinen leidenschaftlichen Ton hineintragen. Casimir Perier fährt fort: „Ich bin mein eigener Herr und Herr meines Wissens. General Mercier ließ es sich angelegen sein, mich sobald als möglich in dieser Affäre intervenieren zu lassen. Nun, ich behaupte, ich bin dem Gang der Untersuchung fern geblieben.“

Demange fordert den General Mercier auf, dem Gericht auszuweichen, wie er die durch den Verrat veranlaßte patriotische Bewegung und die Mitteilung geheimer Schriftstücke an das Kriegsgericht in Einklang bringe.

Mercier wiederholt seine Versicherungen vom Sonnabend bezüglich der damaligen politischen Lage. Demange fragt Mercier, warum er die zweifelhaften Uebersetzung des Telegramms des Agenten B. den Aften von 1894 nicht beigelegt habe?

Mercier erwidert, daß keine der Uebersetzungen des Telegramms den Richtern mitgeteilt worden sei, weil noch Zweifel bestanden hätten.

Demange erklärt, daß Oberst Sandherr mitgeteilt habe: „Der offizielle Text war richtig, ein Zweifel war nicht mehr möglich.“ Demange bemerkt, daß Sandherr Mercier den offiziellen Text mitgeteilt habe und fragt Mercier, warum er den Kommentar zu diesen Geheimhalten den Revisionsakten nicht beigelegt habe.

Mercier erklärt, er habe dieses Schriftstück als ein für ihn persönlich angesehen und es deshalb verweigert.

Demange spricht sein Erstaunen darüber aus. Casimir Perier erklärt neuerdings, daß er Drehfus niemals etwas versprochen habe, nur Waldeck-Rousseau habe von dem Verurteilten zu ihm gesprochen, er protestiere deshalb neuerdings gegen den Brief des Drehfus.

Demange setzt auseinander, wie in Drehfus der Gedanke Wurzel fassen konnte, daß Casimir Perier die Oeffentlichkeit der Verhandlung versprochen habe. Das habe geschehen können, nachdem er, Demange, Waldeck-Rousseau um dessen Intervention bei Casimir Perier gebeten und Waldeck-Rousseau ihm erklärt habe, daß Casimir Perier der Bitte günstig gegenüberstehe. Er habe geglaubt, Drehfus von der Erklärung Waldeck-Rousseaus Mitteilung machen zu dürfen. Man müsse sich auch vergegenwärtigen, daß Drehfus seinen Brief vier Jahre später geschrieben und daß seine Erinnerung an Genauigkeit eingebüßt haben könnte. Demange bedauert, daß dieser Brief veröffentlicht worden sei.

Sodann beginnt das Verhör des Generals Villot.

### Zeuge Villot.

General Villot erklärt, er habe die Drehfus-Affaire vor seiner Uebnahme des Kriegsministeriums gekannt wie jedermann. Die Angelegenheit habe ihn tief bewegt, doch sei er ihr bis zu dem Augenblicke, wo er Kriegsminister wurde, ferngeblieben. Kurz nach Uebnahme des Kriegsministeriums habe sein Freund Scheurer - Kestner ihn im Senat gefragt, ob er sich nicht mit Drehfus beschäftigen könne. Er habe darauf erwidert, er kenne die Affaire nicht gut und habe Scheurer - Kestner Vorsicht empfohlen. Scheurer - Kestner habe sich bemüht, ihm seine Uebersetzung beizubringen, er habe aber die Ansicht Scheurer - Kestners über die Drehfus-Angelegenheit nicht für genügend begründet gehalten und ihn ersucht, eine ergänzende Untersuchung anzustellen. Villot erwähnt sodann die Rolle Picquarts, für den er die höchste Achtung habe. Picquart sei intelligent und habe großen Scharfblick. Er habe ihm über die Organisation einer fremden Armee und deren Artillerie genaue Mitteilungen gemacht, welche ihm die Notwendigkeit einer Reform der französischen Artillerie nahelegten. Diese Reform sei von einem Manne mit großer Initiative, nämlich vom General Mercier, begonnen worden. Villot berichtet sodann über den Vorschlag Picquarts, Esterhazy, der ihm verdächtig erscheine, eine Rolle zu spielen. Man habe Picquart ein solches Vorgehen verboten. General Villot verbreitet sich über die Nachforschungen, die Picquart ohne Ermächtigung angestellt habe. Er sucht seine Maßnahmen gegen Picquart zu rechtfertigen und protestiert gegen die ihm zugeschriebene Ansicht, daß er Picquart, als er ihn nach Tunis geschickt, auf immer habe entfernen wollen. Bezüglich des Vorderreus sagt Villot nichts Neues aus. Er erzählt dann, es sei zu seiner Kenntnis gelangt, daß ein Honorarkaufmann in Berlin einer Unterhaltung fremder Offiziere beiwohnte, in der Drehfus wiederholt als Verräter genannt wurde.

Drehfus erhebt sich und erklärt, dies seien nichts als Lügen. Demange verlangt, daß Villot über die an Parthou und Poincaré gerichteten Worte sich äußere, wonach Villot eine zeitlang an der Schuld des Drehfus gezwweifelt und schlaflose Nächte verbracht habe.

Villot erkennt die Richtigkeit dieser Behauptung an. Seine Zweifel seien durch das Vorgehen Picquarts und die Fälschung Grenus entstanden, aber er erkläre, daß seine Uebersetzung von der Schuld des Drehfus noch immer bestche. (Inhaltende Bewegung.)

Die Sitzung wird hierauf unterbrochen.

Rennes, 14. August. Nach der Wiederaufnahme der Sitzung wird Cavagnac vernommen. Derselbe weist auf die Auszüge des Majors Mittel hin, die mit derjenigen Lebrou-Renauds übereinstimmen und verbreitet sich sodann des längeren über den Inhalt des Vorderreus, welcher beweise, daß der Verrat von einem Offizier des Generalstabes, der an der Quelle schöpfe, begangen wurde. In der Abicht, sein Verbrechen zu leugnen, habe sich der Angeklagte Worte entschlüsseln lassen, die sein Verbrechen unüberleglich beweisen. Während der Aussagen Cavagnacs zeigt Drehfus große Erregtheit, unterbricht jedoch den Zeugen nicht. Cavagnac fährt fort: Esterhazy könnte unmöglich den Verrat begangen haben; selbst wenn das Vorderreau von ihm geschrieben sein sollte, könnte Esterhazy nur als Vermittler, als untergeordneter Komplize, gehandelt haben. Der Verrat selbst sei zweifellos. Die Uebersetzung des Zeugen von der Schuld des Drehfus sei unerfälschert, damit habe seine Ansicht über das Vorderreau nichts zu thun. Als er das Vorderreau vor Augen hatte, habe auch er (Cavagnac), gezwweifelt und glauben können, daß es die Schrift von Esterhazy sei. In dieser Hinsicht glaube er sagen zu können, daß die Schlüsse Bertillons ihn nicht überzeugt hätten. Die Eindrücke des Zeugen hätten sich seitdem modifiziert (Bewegung), weil das seine Aussagen vor dem Kassationshofe modifiziert habe. Cavagnac fährt fort, es gebe in dem geheimen Dossier überzeugende Elemente, aber werde er sich äußern wollen. Er werde dazu die vom Auslande zur Entlastung des Drehfus angeführten Gründe besprechen. Inmitten lebhafter Bewegung des Auditoriums spricht Cavagnac von den erwähnten Gründen. Die offiziellen Dementis liegen sehr

leicht die Wahrheit durch die Maschen fallen. Er halte es für sehr möglich, daß der Angeklagte Verrat begangen habe, ohne direkte Verbindungen mit den fremden Agenten gehabt zu haben; er konnte Gehilfen haben. Uebrigens habe ein Postkoffer zugestanden, daß die fremden Militärattachés von ihrer Immunität Nutzen zogen, um Spionage zu treiben. Cavaignac weist auf die Widersprüche hin, die zwischen den Erklärungen verschiedener fremder Persönlichkeiten beständen; er finde darin den Beweis, daß Dreyfus in verschiedenen Kanzleien bekannt war. Bei dem Advokaten Müller habe man eine Bestechung vermutet, um ihn zur Aenderung seiner Aussage zu bewegen. Der Vorsitzende fordert nunmehr Cavaignac auf, sich über die Fälschung Genry's zu äußern. Cavaignac wiederholt die früher von ihm hierüber abgegebenen Erklärungen und weist auf die mühsame Prüfung hin, welche Major Guinet vornehmen mußte, um die Fälschung zu entziffern. Das Verhör, welchem heute den Oberst Genry unterzogen, liegt dem Kriegsgericht vor. Cavaignac erklärt, er erachte sich mit dem Richter des Kriegsgerichts von 1894, welche das Land und das Meer gegen einen Akt des Verrats zu schützen hatten, mitverantwortlich. Seine Ueberzeugung von der Schuld des Dreyfus beruhe in erster Linie auf den Geständnissen des Dreyfus gegenüber Lebrun-Renaud; es seien aber auch noch andere Gründe vorhanden.

**Der Vorsitzende:** Was halten Sie von der Fälschung Genry's bezüglich der Thatfachen, die uns beschäftigen?

Cavaignac führt aus, daß die Fälschung Genry's erst zur Revision geltend gemacht, vom Kassationshof jedoch unberücksichtigt gelassen wurde. Die Fälschung habe also mit den heutigen Verhandlungen nichts zu thun. Cavaignac verliest sodann ein zweites Schriftstück und schließt daraus, daß das Bordereau in den Händen eines Militärattachés war und daß es von dort ins Nachrichtenbureau gelangte.

**Demange** bemerkt, gewisse Zeugen wärfen sich als Ankläger auf, die Verteidigung müsse antworten. Er fragt, warum Cavaignac, der sich begnüge, die Schuld des Dreyfus zu beweisen, dieses Schriftstück nicht in der Kammer verlesen habe.

Cavaignac erklärt, er hatte die Wahl dazu, er sei jedoch überzeugt, einer Politik des Lichtes und der Staatsraison genügt zu haben.

**Demange** macht darauf aufmerksam, daß Cavaignac behauptete, General Voisidre sei am 6. November von Paris abwesend gewesen, während Mercier erklärte, daß General Voisidre dort war.

Cavaignac erwidert, die Abwesenheit des Generals an diesem Tage ist sicher, man wird diesen Punkt aufklären.

Auf Befragen des Vorsitzenden erklärt **Dreyfus:** Ich bin erstaunt, daß der Mann, welcher auf der Kammetribüne die Fälschung Genry's vorbrachte, hier die Ueberzeugung von meiner Schuld aussprechen kann, indem er sich auf Treibereien stützt, welche der Kassationshof bereits erlöst hat. (Andauernde Bewegung.)

Es folgt die **Aussage Jurindens**, welcher darlegt, daß die Mächte, welche Spionage betreiben lassen, die Verpflüchtung haben, alles anzubieten, um diejenigen, deren sie sich bedienen, zu retten. Jurinden glaubt, daß durch Dreyfus das Bordereau mitgeteilt wurde, welches er für ein entscheidendes Stück hält. Jurinden legt dann Thatfachen dar, welche seine Ueberzeugung stützen. Er hält es für unmöglich, daß der Verräter anderswo als in den drei Bureaus des Generalstabes zu finden sei. Dort habe man ihn auch gesucht. Die Geständnisse Esterhazy's hätten seine Ueberzeugung nicht erschüttert. Es scheine ihm unmöglich, daß einer der unterrichteten Offiziere eines fremden Generalstabes sich an Esterhazy gewendet haben sollte, um die in Frage stehenden Mitteilungen zu erlangen. Jurinden sagt schließlich: Ich glaube bestimmt, daß Dreyfus das Bordereau geschrieben hat. (Lebhafte Bewegung.) Sein System wird im Bureau des Generalstabes studiert. Jurinden schließt seine Aussage mit der Ueberzeugung von der Schuld des Angeklagten.

**General Chanoiné** folgt sodann mit kurzen Mitteilungen, welche in die Ueberzeugung von der Schuld des Dreyfus auswirken.

**Hanotaux** sagt aus, er habe seinen Erklärungen vor dem Kassationshofe nichts hinzuzufügen. Er habe weder als Minister des Auswärtigen noch als Privatmann Kenntnis von irgend einem Dossier gehabt. Die politische Lage zur Zeit des Dreyfusprozesses sei ernst gewesen. Zeuge teilt mit, wie er durch Mercier von der Affaire Kenntnis erhalten habe. Die von Mercier ausgesprochene Verächtlichkeit, als er von der Affaire sprach, sei berechtigt gewesen. Mercier sei gegenüber seinen Einwendungen unerschütterlich geblieben und habe die Affaire ihren Lauf nehmen lassen.

**Der Vorsitzende** fragt bezüglich der Erklärungen, die Hanotaux gegenüber Gabriel Monod gegeben habe. Hanotaux erklärt, er habe sich niemals Monod gegenüber über die Frage der Schuld des Dreyfus ausgesprochen, er sei erstaunt, wie dieser sein Schweigen gedeutet habe. Ueber die Unterhaltung sei in drei verschiedenen Darstellungen berichtet worden, das beweise, daß die Erinnerung Monods unsicher sei.

Hierauf bittet der Regierungskommissar das Kriegsgericht, Casimir Perier, Mercier und Hanotaux zu beurlauben. Die Sitzung wird sodann ohne Zwischenfall geschlossen. Nächste Sitzung Mittwoch 9 1/2 Uhr.

### Ueber die Sonnabend-Sitzung

Schreibt uns unser Berichterstatter unterm 12. August aus Rennes: Bei heiter strahlender Sonne begeben wir uns heute früh zum Kriegsgericht. Unter dem Einfluß dieses schönen Sommermorgens scheinen sich die Gemüther zu beruhigen. Trotz des Stampfens der Militärpferde, trotz des Geräusches der sich kreuzenden Kommandos hört man in den Anlagen in der Nähe des Lycées den Gesang der Vögel. Nichts ist traurig und finstler. Wird der Tag ein Tag der Gerechtigkeit werden?

Wir treten in den Saal ein, wo wir gleichsam in festlicher Stimmung noch einmal aufatmen.

Nach dem Eintritt des Kriegsgerichts, der in gewohnter Weise erfolgt, beginnt Oberst Jouast mit seiner harten Stimme das Verhör von Dreyfus. Er fordert ihn auf, zu erklären, wie die Kopie des Bordereaus, die man 1894 in St. Martin auf Ab in seiner Tasche gefunden, dorthin gekommen sei. Dreyfus antwortet, daß er die Kopie aufbewahrt habe, um den Inhalt der Schriftstücke, deren Auslieferung man ihm Schuld gab, fest im Gedächtnis zu haben und von dort unter, von seiner Zuseher den Versuch zu machen, das Rätsel, dessen Opfer er war, aufzuklären.

Dann kommt man zum Verhör der Zeugen. Laroche Bernet, der frühere Gesundheitsattaché in Berlin, beginnt den Zeugen. Er muß die Angaben Paléologues bestätigen und zugeben, daß man im Kriegsministerium vor dem Prozeß von 1894 die offizielle Lesart der Panzigarischen Depesche, die Dreyfus entlastete, kannte. Was die Uebersetzung des Generals Gonie betrifft, wo er sagt: „Wenn man Sie fragt, so sagen Sie, daß Sie niemals Beziehungen mit diesem schmutzigen Juden hatten“, so bekommt man die Gewißheit, daß sie dem Ministerium niemals mitgeteilt worden ist.

Dann kommt Casimir Perier, der frühere Präsident der Republik. Er erscheint aufrecht, im schwarzen Lederjacket und tritt mit lebhafter Bewegung auf den Zeugenplatz. Er ist stief, trocken, von strengem und entschlossenem Gesichtsausdruck. Er will alles sagen, was er weiß, die ganze Wahrheit, und mit ängstlicher Spannung erwartet man etwas Entscheidendes. Aber Casimir Perier hat seinen persönlichen Haß nicht vergessen, und will für sich sprechen. Eine Stunde lang hörte man seine scharfe, kurze, schneidende Stimme von den Wölbungen des Lycées widerhallen. Er erklärt von neuem, wie der Ministerpräsident ihn in Unkenntnis hielt, als er im Elysee war. Und er läßt seinen ganzen Groll darüber hervorbekunden, daß er der einflussloseste Präsident gewesen, der je existierte.

Er erzählt den diplomatischen Zwischenfall, der sich an eine Depesche Hohenlohes anknüpfte, worin gegen die Behauptungen einer gewissen Presse, daß Dreyfus Beziehungen mit Deutschland unterhalte, protestiert wurde. Aber all das ist bekannt und erregt beim Publikum nur geringe Aufmerksamkeit. Dann berichtet Casimir Perier einen interessanteren Gegenstand: Die angeblichen Geständ-

nisse, die Dreyfus dem Hauptmann Lebrun-Renaud gemacht haben soll. Er verliest einen Artikel des „Figaro“, der nach einem Zeugen (Lebrun-Renaud) den Vorgang der Degradation erzählt, und dieser Artikel, auf Grund dessen er den geschwägigen Hauptmann zu sich citierte, ist nur eine einzige lange Unschuldserklärung des Verurteilten.

Das Publikum ist freudig erregt, noch einmal zu vernehmen, daß der Hauptmann Lebrun-Renaud vor dem Staatsoberhaupt und dem Kriegsminister, die seine Erklärungen im Elysee anhörten, kein Wort von Geständnissen gesagt hat. Die Legende der angeblichen Geständnisse ist endgültig zerstört, als Casimir Perier erklärt, vor ihm sei erst mehrere Monate nach der Degradation davon gesprochen, und zwar sei es lediglich Mercier gewesen, der davon erzählt habe.

Noch ein anderes Märchen will Perier zerstören, nämlich hinsichtlich eines von Dreyfus an ihn geschriebenen Briefes, worin gesagt war, er hätte dem Präsidenten der Republik sein Wort gegeben, über den Ursprung des Bordereaus nichts zu sagen, wenn man ihm gestatte, seine Verteidigung öffentlich zu führen. In dieser Thatfache haben die nationalisierenden Blätter seit lange Gelegenheit zu der Behauptung gefunden, daß ein infamer Vertrag zwischen dem Präsidenten der Republik und dem Hauptmann Dreyfus bestanden habe. In diesem Brief fand Casimir Perier den Gedanken eines gemeinen Schachers, der nie in dem Bewußtsein des Verurteilten vorhanden gewesen.

Uebrigens hat Dreyfus nachdrücklich protestiert. Niemals, sagte er, habe ich von einem Handel zwischen dem Präsidenten der Republik und mir gesprochen. Die nationalisierenden Blätter wollen die Ableugnung ausbreiten und erzählen, Dreyfus bestreite die Existenz eines Briefes, der dem Kriegsgericht im Original vorliege. Aber auch diesmal wird ihre läghafte Berichterstattung an den folgenden Sitzungstagen klar werden.

Das große Ereignis des Tages, und wie man sagte, des Prozesses, bildete die Aussage des Generals Mercier. Seit Monaten säuert ihm die nationalisierende Presse zu, alles zu sagen und selbst bei Gefahr eines Krieges nichts zu verschweigen. Der Glende hat alles gesagt, und doch nur Lügen und albernes Gewäsch vorgetragen. Ein unwiderstehliches Gefühl des Eids demütigte sich des Saales, als diese Hoffnung der Fälscher, eine Altemappe unter dem Arm, mit feiner schlechten Haltung, seinem schwankenden Schritt, seinem Verordergesicht sich auf seinen Zeugenplatz setzte.

Und er hat gesprochen! Drei und eine halbe Stunde hat er gesprochen, ohne irgend etwas zu sagen, ohne irgend etwas zu beweisen, indem er nur Allweibergezwänge, Vorurteile, niedrigen Verdacht vorbrachte. Er hat alle seine Kräfte zusammengedrückt, die seit zwei Jahren in den tiefsten Tiefen der Schmutzpresse zu finden sind. Er durchblättert unzählige Aktenstücke, denen einige Nationalisten mit den Augen folgten, nach denen sie ihre Hände verzweifelt ausstreckten, wie der Ertrinkende nach dem Strohalm greift, um sich anzuklammern.

Und Mercier sprach mit seiner monotonen leisen Stimme, und zwar sein eigenes Plaidoyer. Und wenn er irgend ein Schriftstück dem Gerichtsschreiber zum Vorlesen übergab, so war es nicht die erwartete neue Thatfache, sondern eines der elenden Papiere des geheimen Dossiers, allen bekannt, tausendmal besprochen und widerlegt. Und doch kam etwas *Beine*: die Nummer „Schneider“.

Einige Bruchstücke dieser neuen Komödie fanden bereits in der nationalisierenden Presse, der sie der Generalstab mitgeteilt hatte.

Dieser österreichische Offizier Schneider, ein Antilemit und Merkmal, wollte den antimilitarischen Parteien, die in Wien noch mächtig sind, schmeicheln und schrieb im Jahre 1897, also drei Jahre nach dem Prozeß: „Obgleich man gegenwärtig von der Affaire Dreyfus spricht, so halte ich doch an der Meinung fest, die wir alle beim Beginn der Affaire hatten, und bin von der Schuld dieses Juden überzeugt.“

Und das bestimmt die Ueberzeugung des Generals Mercier. Aber es kommt noch besser. Er fügt sich auch auf das Bordereau. Esterhazy kennt er nicht, dieser existiert für ihn nicht. Dreyfus ist der einzige Offizier in der Welt, der das Bordereau schreiben konnte. Der Beweis? Er findet ihn in der Rarett des Sachverständigen Vertillon.

Endlich haben wir noch das Geständnis gehört, daß der Kriegsminister Mercier den Ministern von 1894 geheime Schriftstücke mitteilte, ohne daß der Angeklagte und sein Verteidiger darum wußten.

Bis heute hat der Glende mit diesem Geständnis gequält und jetzt behauptet er, daß er deswegen dieses Verbrechen nicht früher eingezwungen habe, um dem Kassationshof die gesuchten Mittel zur Revision nicht zu liefern. In christlicher Weise gesteht er ein, daß er die Wahrheit im Interesse seiner vorgefaßten Meinungen unterdrückt habe! Und jetzt, wo er nicht mehr ausweichen kann, versucht er, mit einem neuen Manöver die Verantwortlichkeit von sich abzuwälzen. Er sagt: „Ich habe dem Oberst Maurel, dem Vorsitzenden des Kriegsgerichts von 1894, nicht diese Schriftstücke geheim mitgeteilt. Ich habe sie ihm nur für den Fall, daß er ihrer bedürfen sollte, anvertraut.“

Dieser läghafte und feige General will so die strafrechtliche Verantwortlichkeit für seinen Vandalentwurf auf einen ihm untergeordneten Beamten abwälzen.

Während dieser Belandung endloser Feigheit unterdrückte das Publikum mehrmals die Ausrufe seines Unwillens und Jornes. Aber das Maß war voll, als Mercier sich mit erhobener Stimme, um sich einen guten Abgang zu sichern, gleichmäßig zu Dreyfus wandte, der stumm und starr vor Staunen über so viel Niedertracht und Gemeinheit zugehört hatte, und zu ihm sagte: „Wenn ich den leiseren Zweifel an Ihrer Schuld hegte, Hauptmann Dreyfus, würde ich mich augenblicklich zu Ihnen wenden und Sie um Verzeihung bitten.“ Da folgte eine dramatische tragische Scene, ohne jede Wache.

Dreyfus erhob sich plötzlich und rief: „Sie müssen es sagen, Sie müssen es thun, das ist Ihre Pflicht! Erbärmlicher Mensch!“ Das Publikum applaudierte Dreyfus, und Mercier verließ bleich und stumm die Estrade, während man ihm laut: Lump, Vandal, Mörder und ähnliche Schimpfwörter nachrief.

Die Bestrafung der Verbrecher beginnt.

Vorur ich diesen Brief schreibe, will ich noch erwähnen, daß einige Lügen des Generals Mercier Montag durch Casimir Perier enthüllt werden; denn dieser hat vom Kriegsgericht eine Konfrontation mit Mercier verlangt, die ihm bewilligt wurde.

Auf der Estrade haben Valonmänner, die aus Paris eingetroffen sind, eine antimilitarische Kundgebung versucht. Einige Aute „Joch die Armee“ wurden in der That von diesen bezahlten Individuen ausgehoben. Doch energische Hofkreise auf die Republik haben die besoldeten Kundgebungen erstickt. Wenn diese Schreiber von dem jämmerlichen Sturz ihres Generals werden gelesen haben, werden sie sich hüten, noch länger mit ihm gemeinsame Sache zu machen.

### Spionage-Geschichten.

Aus der Sonnabend-Sitzung sei noch aus der Aussage des Generals Mercier die Stelle betz, den deutschen Kaiser nachgetragen. Mercier sagte: „Der deutsche Kaiser beschäftigte sich persönlich mit Spionage-Angelegenheiten und in gewissen Ausnahmefälle korrespondierten die Chefs der Spionage in den Centren, wie Paris, Brüssel und Straßburg, sogar direkt und persönlich mit dem Kaiser. Dies gehe aus gewissen Dokumenten des geheimen Dossiers hervor und besonders aus einem Brief, der vom Vorgänger des Obersten Schwarzkoppen an den Kaiser geschrieben worden war.“

Selbst in der französischen Presse finden diese Räuber-Geschichten keine Beachtung.

### Der Zeuge „de Müller“.

Der Advokat de Müller aus Lille, auf dessen Aussagen General Mercier vor Gericht sich berief, hat dem Vorsitzenden des Kriegsgerichts mitgeteilt, daß er der Zeugen-Vorladung nicht Folge leisten werde. Ein neuer Schlag für die Dreyfusgegner. Der „Mr. de Müller“ wollte bekanntlich im Schlafzimmer des Kaisers Wilhelm in Potsdam 1894 eine Nummer der „Libre

Parole“ gelesen haben, auf der mit Blaustift die Worte geschrieben waren: „Hauptmann Dreyfus ist gefangen.“ de Müller wird wissen, warum er nicht nach Rennes kommt.

### Die neuesten Telegramme

**Frankfurt a. M., 14. August.** Die „Frankf. Zig.“ meldet aus Rennes: Der Zustand Laboris hat sich verschlimmert. Das Verhängnis, das Dossier Laboris sei gestohlen worden, bestätigt sich nicht. Dagegen bemängte einer der Nordgesellen den Augenblick, wo Labori niederfiel, zwei aus seiner Tasche gefallene Briefe zu stellen. Es ist ein Brief Clemenceaus an Jaurois und einer Reinolds an Labori.

**Rennes, 14. August.** Heute mittag wurde über den Zustand Laboris ein offizielles Bulletin ausgegeben. Derselben zufolge ist das Befinden des Verwundeten befriedigend. Die Ärzte konnten bisher noch nicht feststellen, ob die Kugel in den einen Lungenflügel eingedrungen ist oder ob sie das Rückgrat verletzt hat.

**Rennes, 14. August.** Der Zustand Laboris hat sich etwas gebessert. Die Ärzte treffen Vorbereitungen, um durch einen operativen Eingriff die Kugel zu entfernen. Aus allen Teilen der Welt treffen fortgesetzt Weilsielegramme für Labori ein. Der Attentäter ist noch immer nicht verhaftet.

**Rennes, 14. August.** Vor dem Lycerum wurde heute nach Schluß der Sitzung des Kriegsgerichts der Sekretär des algerischen Deputierten Morinard, Ruffon, verhaftet. Unabhängig von dieser Verhaftung erfolgte auf Weisung von Paris heute Vormittag die Verhaftung des zur imperialistischen Partei gehörigen Lorien.

**Brüssel, 14. Aug.** Die „Indep. Belge“ erzählt aus Rennes, daß unter den Offizieren der dortigen Garnison ein Komplott entdeckt worden sei; die Offiziere hätten beschloffen, in corpore in den Gerichtssaal einzudringen und durch ihre Haltung den Vorsitzenden zu bewegen, den Ausschluß der Öffentlichkeit anzubestimmen.

### Versammlungen.

**Im Arbeitervertreter-Verein** erstattete am Dienstag, den 8. d. M., Herr Simonowski den Bericht des Vorstandes vom Jahre 1898/99. Im Laufe des Vereinsjahres sind 12 ordentliche und 2 außerordentliche Versammlungen abgehalten worden. Lohnaufstellungen haben ebenfalls 12 ordentliche und 2 außerordentliche stattgefunden. Besichtigungen von Heilanstalten waren zwei, und zwar Gütergoh und Heimersdorf. Außerdem wurde vom Vorstand die Kontrolle der Rettungsgesellschaft bestätigt. Die Zahl der veranlagten Briefe und Karten belief sich auf 1354. Zur Gründung von Vereinen ist nach verschiedenen Städten Material geschickt. Nach dem Bericht des Kassierers belief sich die Mitgliederzahl am Schluß des Jahres auf 149, neu aufgenommen 49, ausgeschieden durch Tod und freiwillig 15, verbleibt am 31. Juli eine Mitgliederzahl von 188. Der Kassenbestand beträgt 850,82 M. Die Revisionen berichten, daß sie alles in bester Ordnung gefunden mit den Belegen und dem baren Kassenbestand und stellen den Antrag, den Kassierer zu entlassen, was geschieht. Zugleich stellen dieselben den Antrag, das Markenstempel einzuführen, ebenso eine Vereinfachung der Belege herbeizuführen. Dieser Antrag wird nach längerer Debatte gegen 1 Stimme angenommen und werden deshalb bei der Wahl des Vorstandes drei Revisoren mitgewählt. Ein Antrag Künzler, in den Vorstand nur solche Personen zu wählen, die organisiert sind, wird angenommen. In den Vorstand wurden gewählt: Simonowski als erster, Pieschel als zweiter Vorsitzender, Gahufleisch erster, Böhm zweiter Kassierer, Warnst erster, Ahrens zweiter Schriftführer, Wolderski, Arbitar. In Revisoren: Beyer, Zimpel und Hennig. Gutheil stellt den Antrag, von jetzt ab eine strengere Kontrolle bei den Versammlungen stattfinden zu lassen. Dem wird zugestimmt mit der Erklärung, daß von jetzt ab Gäste nur bei Einführung durch Mitglieder Zutritt haben. Zu Verschiedenem stellt der Vorstand den Antrag, die nächste Vereinsversammlung nicht Dienstag, den 6., sondern Donnerstag, den 7. September stattfinden zu lassen. Dieser Antrag wurde angenommen. Gleichzeitig wird beschlossen, in Zukunft die Vereinsversammlungen immer jeden Donnerstag nach dem Ersten des Monats stattfinden zu lassen. Der Vorsitzende giebt bekannt, daß am 17. d. M. eine öffentliche Versammlung sämtlicher Arbeitervertreter stattfände. Zum Schluß stellt Jander die Frage, warum die Reinerkommission der Berliner Rettungsgesellschaft seinen Bericht abgebe, was sie doch verprochen habe. Diese Frage ruft eine lebhafteste Diskussion hervor, in welcher ausgeführt wurde, daß man mit der Rettungsgesellschaft in dasselbe Fahrwasser geraten sei wie mit den Unfallsaktionen, und wurde das Verhalten ersterer einer scharfen Kritik unterzogen. Die Krankenkassen-Vorstände müßten hier energisch eingreifen, da auch das Verhalten der Reinerkommission, welche doch von denselben gewählt sei, ebenfalls nicht richtig sei.

**Die in der Buchbinderei und verwandter Branchen** beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, Jahrestelle Berlin, hielten Dienstag, den 8. d. M., eine außerordentliche Generalversammlung ab. Der Versuch derselben war ein sehr guter. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehren die Anwesenden das Andenken an den verstorbenen Kollegen Dunder in der üblichen Weise. Der erste Punkt der Tagesordnung: Bericht der Kommission in der Angelegenheit Christian Iontra Verländer wird durch Annahme einer von derselben vorgeschlagenen Resolution erledigt. Zum 2. Punkt Renowahl der gesamten Ortsverwaltung und des Bureaubeamten, wird zu letzterem Bergmann gegen einzelne wenige Stimmen wiedergewählt. Die Ortsverwaltung setzt sich wie folgt zusammen: 1. Bevollmächtigter: Schuchmacher; 2. Bevollmächtigter: Thielmann; 1. Kassierer: Lemser; 1. Schriftführer: Klappe; 2. Schriftführer: Gerhard. Zu Revisoren wurden W. Laburg, Riese, Schmitts und Fran Stoppel gewählt. Ein Antrag Konrad auf Wiederwahl einer Vergütungskommission wird abgelehnt. Unter Ergänzungswahlen zum Vorstand und zur Bibliothekskommission werden in ersterem Bergmann und Erdi, in letzterem Wold gewählt. Zu der Rechtschutzkommission werden die bisherigen Mitglieder derselben von neuem bestätigt und setzt sich diese aus Bergmann, Duff, Lemier, Schuize und Jander zusammen. Es haben sich Rechtschutz suchende Kollegen im Bureau, Annenstraße 50, zu melden. Unter Verbandsangelegenheiten giebt ein Wiener Kollege einen Bericht über den Streit der Leder- und Galanteriearbeiter der Firma Zeller in Wien und ersucht um moralische und finanzielle Unterstützung der Ausständigen. Nachdem noch mitgeteilt worden, daß am 15. August eine öffentliche Versammlung der Lederarbeiter in Ranz Wallalon, Rainystr. 25, stattfinden wird, erfolgt Schluß der Versammlung.

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Paris, 14. August.** (W. T. V.) Um 4 Uhr nachmittags erhielt Polizei in Begleitung einer Kompanie Garde republikaine und zwei Kompanien des 74. Regiments vor der Wohnung Guérins. Der Präsident benachrichtigte Guérin, daß, wenn er sich bis um 5 Uhr nicht ergeben habe, das Haus gestürmt werde. Guérin lebte ab.

**Lemans, 14. August.** (W. T. V.) Ein Polizeikommissar verhaftete auf dem hiesigen Bahnhofe einen Maximalkämpfer, namens Gallain, der aus Rennes kam und sich nach Paris begeben wollte. Das Signalement desselben stimmt mit demjenigen des Attentärs auf Labori überein.

**Rom, 14. August.** (W. T. V.) Es verlautet bestimmt, daß Pelloni die Kammerauflösung fallen lassen wird, weil der Ausfall der Wahlen in Novenna, Mailand und Forti eine Niederlage der monarchistischen Parteien bei einer Renowahl voraussehen läßt.

**Lissabon, 14. August.** (W. T. V.) In Oporto sind bisher 83 Pestkränkungen vorgekommen, von denen 9 einen tödlichen Ausgang nahmen. In letzter Zeit ist kein neuerlicher Fall zu verzeichnen.

**Sofia, 14. August.** (W. T. V.) Die gestrigen allgemeinen Wahlen der Departementenräte sind überall zu Gausen der Regierungspartei ausgefallen. Aufstürmungen sind nicht vorgekommen.

**Baden, 14. August.** (W. T. V.) Hierzu 2 Vellagen und Unterhaltungsblatt.

Partei-Nachrichten.

Zum Parteitage spricht auch die „Mecklenburgische Volkszeitung“ den Wunsch aus, daß der Parteitag zu den wichtigsten Fragen, auf denen Geher und Bebel referierten, Korreferenten ernennen möge.

13 Monate Gefängnis hat der Genosse Staroffon als Redacteur der „Mecklenburgischen Volkszeitung“ jetzt hinter sich gelassen. Es sind ihm in vier Prozessen wegen Verleumdung 7, 2, 3 und 1 Monat zuerkannt worden. Wir hoffen, daß er diese lange Strafe ohne allzu große Schädigung seiner Gesundheit überstehen möge.

Der Kongress in Ebernay.

Ebernay, 13. August. (Priv.-Dep.) Sonntagvormittag wurde der 17. Kongress der Arbeiterpartei (Guesdisten) eröffnet. 170 Delegierte, die 408 Gruppen und 808 Städte repräsentierten, waren erschienen. Zwei Inschriften an der Tribüne erinnern an die Kommune und die 35 000 auf Befehl des Generals Galliffet erschossenen Kommunisten.

Politikalisches, Gerichtliches usw.

— Eine Anklage „wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften“ hat der frühere verantwortliche Redacteur des „Böhmischen Volksblattes“, Genosse H. Bled, jetzt in Dresden, erhalten. Die Strafkammer wird erwidern, daß der Abdruck eines Romans „Die Zimmerer“, der die Zustände in der Berliner Mäntelkonfektion zum Gegenstande hat. Die Tendenz des Romans geht, wie unser böhmischer Parteiblatt mitteilt, dahin, Abfichten und Entwürfe über Verhältnisse nachzurufen, die ehrliche Arbeiterinnen zwingen, ihren Leib zu verkaufen, um den Hunger zu stillen. Der Roman ist vor mehr als Jahresfrist in verschiedenen Blättern unbeanstandet abgedruckt worden.

— Wegen unbefugten Redens am Grabe verurteilte das Schöffengericht Jörgig (Wandgericht Halle) zwei Genossen zu je 10 W. und einen Genossen zu 15 W. Geldstrafe.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Lohnbewegung der Bauhändler.

Nach den Beschlüssen der Sonntags-Versammlung haben die Bauhändler Berlins und der Umgegend am gestrigen Tage ihre Forderungen den Unternehmern unterbreitet. Eine Reihe von Unternehmern hat die Forderungen sofort bewilligt, während bei einer Anzahl Unternehmern die Bewilligung noch ausbleibt. Wir ersuchen die arbeitstüchtigen Kollegen, während des Streiks nur in solchen Werkstätten Arbeit zu nehmen, wo noch Feststellung durch die Streikleitung alle Forderungen bewilligt sind. Nachricht hierüber erhalten die Kollegen im Bureau der Streikleitung, Alte Jakobstr. 75 bei Feuerstein, geöffnet von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, später auf dem Arbeitsnachweis des Verbandes, Annenstr. 16.

Die Kollegen, die ihre Forderungen vorgelegt haben, müssen gleichwohl ob bewilligt ist oder nicht, Meldung an das Bureau, Alte Jakobstr. 75, ergehen lassen. Ferner werden die Kollegen ersucht, alle diejenigen Werkstätten, welche sich nicht gemeldet, auch keine Forderungen gestellt haben, festzustellen und dem Bureau mitzuteilen. Nach den bis gestern abend eingegangenen Meldungen haben bewilligt: 27 Werkstätten mit 384 Kollegen. Nicht bewilligt 53 Werkstätten mit 625 Kollegen; 24 Kollegen arbeiten weiter.

In einem Teil der Werkstätten, die als nichtbewilligt gemeldet sind, sollen morgenfrüh die Verhandlungen stattfinden.

Die Vororte melden im Laufe des Tages: Charlottenburg: Es kommen hier 7 Werkstätten in Frage; davon haben in 6 Werkstätten 73 Kollegen sämtlich die Arbeit niedergelegt. Die Meister erklären, vor Mittwoch nicht verhandeln zu können. In der siebenten Werkstätte, wo der Stadtverordnete Sommer Unternehmer ist, legten die vier Verbandskollegen die Arbeit nieder, während die Nichtorganisierten zu den alten Bedingungen weiterarbeiten.

In Rixdorf sind in 3 Werkstätten mit 56 Kollegen die Forderungen bewilligt, in 7 Werkstätten mit 71 Kollegen ist noch nicht erledigt. In sämtlichen nicht bewilligten Werkstätten sind Verhandlungen angebahnt.

Schöneberg: 4 Werkstätten bewilligt. Weihensee: 6 Werkstätten mit 56 Kollegen stehen im Streik. Adlershof: 1 Werkstätte bewilligt, die andere steht noch in Unterhandlung.

Köpenick: 3 Werkstätten mit 23 Kollegen sind in die Bewegung getreten.

Daumshuleneck: Werkstätte von Wegener, 5 Mann stehen im Streik.

Treptow: 1 Werkstätte hat bewilligt.

Wilmersdorf: Sämtliche Forderungen bewilligt erhalten.

Straßau: 24 Kollegen haben die Forderung nicht bewilligt bekommen.

Die Meldungen der Einspänner werden erst morgen zusammenge stellt.

Kollegen, nach dem vorstehenden Bericht bleibt noch genug zu thun übrig, jedoch ist zu erwarten, wenn jeder seiner Pflicht nachkommt, daß bei allen Unternehmern die Forderungen bewilligt werden, umsonst, da die Kommission der Tischlermeister-Zinnung die Forderungen als berechtigt anerkannt hat.

Die Ortsverwaltung.

Die Unternehmer des Steinweggewerbes haben es abgelehnt, mit den Gesellen zur Zeit vor dem Einigungsamt zu verhandeln.

Die Unternehmer haben bei den Bauverwaltungen eine Verlängerung des vorher festgesetzten Termins zur Fertigstellung der Arbeit nachgesucht und auch zugestanden erhalten. Der um 14 Tage verlängerte Termin läuft aber in dieser Woche ab; es hat jedoch den Anschein, als ob die Zinnungsmeister eine weitere beratige Unterstützung von den Bauverwaltungen erwarten, sonst würden sie kaum in so großzügiger Weise jede Verhandlung mit den Arbeitern ablehnen. Nur das zu verhindern, werden sich die Ausständigen ebenfalls an die Bauverwaltungen wenden und nach Klarstellung der tatsächlichen Verhältnisse um die Innehaltung der Lieferungsfristen nachsuchen. Außerdem wünschen sie, daß nur an solche Firmen Arbeiten vergeben werden, welche die von den Arbeitern aufgestellten Forderungen bewilligt haben.

Zu den neuen Bedingungen arbeiten zur Zeit 105 Steinmeyer bei außerhalb der Zinnung stehenden Firmen.

Deutsches Reich.

Die Lage des Steinarbeiter-Streiks in Bunzlau ist nach wie vor die günstigste für die Arbeiter. Wenn auch augenblicklich die Verhandlungen abgebrochen sind, so ist der Sieg noch ebenso sicher, wie am ersten Tage. Die Steinarbeiter, die jetzt im Auslande sind, werden mit Hilfe ihrer in Arbeit stehenden Kollegen und der Arbeiter-Schaft Deutschlands den von den Arbeitgebern zur Nachfrage gestempelten Streik siegreich zu Ende führen. Arbeitswillige haben sich bis jetzt keine gefunden; weder aus den eigenen Reihen noch von fremd her.

In einer am 11. August stattgefundenen Versammlung, in der Kollege Thomas einen Vortrag über Streiks im allgemeinen hielt, wurden folgende Resolutionen angenommen.

Die am 11. August in Bunzlau tagende Versammlung der streikenden Steinarbeiter des schlesischen Brauchdistriktes erkennt das Berliner Gewerbegericht als Einigungsamt an und beschließt, ihre Interessen durch eine Kommission vertreten zu lassen.

Diese Resolution wurde gefaßt, um bereit zu sein, falls das Berliner Gewerbegericht die Sache in die Hand nehmen sollte.

Die zweite wurde gefaßt, um auch in Zukunft ein gemeinschaftliches Handeln zu erreichen und lautet:

Die Versammlung beschließt, nicht mehr selbstständig, sondern nur noch in Gemeinschaft mit den Vertretern der Arbeiter von Berlin und Breslau mit den Unternehmern zu verhandeln.

Es war dies notwendig, da dieselben Unternehmer, dasselbe Material und dieselben Interessen die Steinarbeiter dieser drei Städte verbinden.

Zur Lohnbewegung der Holzarbeiter in Jork.

In zwei Sitzungen sind die Arbeiter und Unternehmer bis auf die Länge der Arbeitszeit einig geworden. Seit langen Jahren fangen hier die Arbeiter Montags eine Stunde später an. Die Arbeitgeber verlangen nun, wegen einem Bau-Unternehmer, welcher auch Zimmerer usw. beschäftigt, daß die Arbeit Montags zu derselben Zeit begonnen wird, wie an den anderen Tagen. Da die Lohnkommission der Arbeiter die Verantwortung für diese Preisgabe eines alten Rechtes nicht übernehmen wollte, findet am Dienstagabend eine öffentliche Holzarbeiter-Versammlung statt, in welcher zu dieser Frage Stellung genommen wird. Juzug ist immer noch fernzuhalten.

Zimmerer in Kottbus. In einer am Freitagabend abgehaltenen öffentlichen Zimmererverversammlung wurde eine Zahlstelle des Verbandes der deutschen Zimmerer gegründet, welcher sofort 54 Mitglieder beitraten.

Der Zimmererstreik in Jena ist nun doch noch nach fast zehnwochenlanger Dauer zu Gunsten der Gesellen zu Ende geführt worden. Allerdings ist ein kleiner Abzug der ursprünglichen Forderung eingetreten, indem nicht ein Minimallohn von 35, sondern nur von 32 Pf. pro Stunde zugestimmt wurde. Dagegen erhalten sämtliche Gesellen bei Wiederaufnahme der Arbeit einen Aufschlag von 2 Pf. zu ihrem bisherigen Stundenlohn und am 15. März nächsten Jahres einen dritten Pfennig. Interessant ist dieser Ausgang des äußerst hartnäckig geführten Kampfes insbesondere deshalb, als sich sowohl das dortige Gewerkschaftsamt als auch das Gewerbeamt als Einigungsamt zur Beendigung des Ausstandes erfolglos ins Mittel geworfen hat. Der Schiedspruch, den das Einigungsamt nach langwierigen Verhandlungen mit beiden Parteien gefaßt hat, lautete für die Unternehmer wesentlich günstiger, als die Bedingungen, welche sie jetzt eingehen mußten. Die Herren Unternehmer, welche das Menschentümliche gethan haben, um die Klassengegnäße hervorzuheben, wollten sich eben auf keinen Fall unterwerfen. Allein die Ausständigen warteten und wichen nicht und gelangten durch ihre fast unüberbrochene Solidarität zum endlichen Siege. Trotzdem nun der Kampf beendet ist, fällt es den Unternehmern schwer, Arbeitskräfte zu gewinnen. Am 7. Juni traten etwa 100 Gesellen in den Ausstand, von denen die Mehrzahl den Jenaer Stand von den Äußen geschüttelt haben, so daß jetzt nur noch etwa 50 Gesellen zur Disposition stehen. Die Arbeiter drängen kolossal. Juzug war erfreulicherweise so gut wie gar nicht vorhanden. Von Seiten der übrigen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sind ziemlich bedeutende Summen zur Extra-Unterstützung der Ausständigen aufgebracht worden. Auch die Hirsch-Lundenschen Gewerkschafter erklärten sich mit ihnen solidarisch. Ein nicht zu unterschätzender Erfolg des Kampfes ist ferner, daß den hochmütigen Bauunternehmern ein gewaltiger Respekt vor einer guten Gewerkschaftsorganisation eingebläht worden ist. Das wird in Zukunft nicht ohne Früchte bleiben.

Freigeisprochen wurden von der Strafkammer in Dresden die fünf Metallarbeiter, die seiner Zeit vom Schöffengericht wegen unerlaubter „öffentlicher“ Geldsammlung verurteilt worden waren. Die Verurteilung der Leute, die nur unter den Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes auf Grund statistischer Bestimmungen freiwillige Extrabeiträge einlieferten hatten, war belamlich nur dadurch möglich geworden, daß das Schöffengericht erklärte, der Verband sei zu groß, um noch als geschlossener Verein zu gelten. Diese Rechtsauffassung erklärte die Strafkammer für unhalbar.

Ausland.

Die Massenaußsperung in Dänemark.

Kameraden! Die von den organisierten Unternehmern in Dänemark inszenierte Massen-Außsperung, welche nun schon 3 Monate dauert und 30—40 000 Arbeiter umfaßt, besteht noch immer und ist alle Aussicht vorhanden, daß sie in den nächsten Tagen auf weitere 10 bis 20 000 Arbeiter ausgedehnt werden wird, sobald die erzwungene Arbeitslosigkeit in unserem kleinen Lande gegen 60 000 organisierte Arbeiter umfassen wird.

Wie ihr bereits wissen werdet, ist das Ziel der Kapitalisten, die dänischen Gewerkschaften so zu lähmen, daß diese außer Stande sind, die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen. Da es in unserem Lande nicht möglich ist, die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften mit reaktionären Gesetzen einzuschränken, haben die großen Fabrikanten und Meister eine Massenaußsperung der Gewerkschaftsmitglieder vorgenommen, um sie auf diese Weise zu zwingen, sich ihren Bedingungen zu unterwerfen, oder auch um sie zu einer verzweifeltten Notwehr zu treiben, damit man durch eine dadurch hervorgerufene Revolte den Anlaß bekommt, die offiziellen Machtmittel des Staates gegen sie in Anwendung zu bringen. Keines dieser Ziele ist jedoch bisher erreicht worden. Mit einer bewundernswürdigen Ausdauer und Energie haben die ausgesperrten Arbeiter bis jetzt die Leiden ertragen, welche ihnen dieser Hungerkampf auferlegt hat, und dies ist nur möglich geworden durch die Opferfreudigkeit, welche die arbeitenden Kameraden in unserem eigenen Lande bewiesen, sowie durch die Hilfe, welche wir von unseren Brüdern im Auslande erhalten haben.

In der letzten Zeit haben Verhandlungen stattgefunden zu dem Zwecke, die Außsperung zum Abbruch zu bringen. Diese Verhandlungen sind jedoch gescheitert und die Außsperung wird deshalb forgesetzt.

Bevor die Verhandlungen abgeschlossen waren, kam es nämlich an den Tag, daß die Unternehmer beabsichtigten, Werkstätten- und Fabrikreglements einzuführen, die im absoluten Widerspruch mit den Voraussetzungen standen, unter denen der Vergleich abgeschlossen werden sollte, ebenso wie es aufgedeckt wurde, daß die Kapitalisten in den verschiedenen Branchen Nachrichtenbureaus errichten wollten, also „schwarze Kammern“, wo ein jeder Unternehmer Anmeldung davon machen sollte, wenn ein Arbeiter seinen Platz verläßt und wo jeder Unternehmer die Verpflichtung hätte, anzumelden, wenn er einen Arbeiter in Arbeit nimmt, damit es unterjocht werden könnte, ob der Betreffende mißlieblich sei, in welchem Falle er sofort wieder verabschiedet werden sollte. Mit anderen Worten: man wollte von Seite der Unternehmer ein vollständiges Nachregelungssystem einrichten gegen diejenigen Arbeiter, die die Sache ihrer Kameraden vertreten. Hierzu kam noch, daß der Vorstand des Unternehmervereins öffentlich durch die Zeitungen diejenigen Versprechungen desabonnierte, welche seine Vertrauensmänner bei den Einigungs-verhandlungen gegeben hatten; daß sie gewillt wären, die Arbeitszeit später einzuschränken, ebenso daß sie den vorge schlagenen Vergleich lokal umzusetzen wollten.

In Anfang der Einigungsversuche verlangten wir, daß eine Ausdehnung der Außsperung nicht stattfinden dürfte, aber nun erzählt die offizielle Presse der Regierung, daß eine solche Erweiterung der Außsperung in den nächsten Tagen eintreten wird.

Die dänischen Arbeiter sind auch auf diesen Schlag gefaßt und sie werden bis zum äußersten für ihre Selbständigkeit kämpfen.

Wir betrachten unsern Kampf als ein großes Vorkampfsgefecht in dem sozialen Klassenkampf und wir fühlen uns verpflichtet, darin auszuhalten, bis wir einen zufriedenstellenden Abschluß erreichen. Die Presse der Unternehmer überfällt uns jeden Tag mit einer wahren Maferei, aber wir vertrauen auf unsere gute Sache und unsere Einigkeit, ebenso wie wir die sichere Hoffnung hegen, daß unsere Brüder in allen Ländern in der nächsten Zeit ihre Unterstützung für uns erhöhen werden, jetzt, da wir vor einer Erweiterung der Außsperung stehen.

Wir hoffen, daß die internationale Solidarität der Arbeiter ihre Probe bestehen wird und wir schließen diesen Aufruf mit einem Hoch auf die Organisation der Arbeiter in allen Ländern!

Mit brüderlichem Gruß!  
Für die Centralisierten Gewerkschaftsverbände in Dänemark:  
J. Jensen.

Selbstsendungen erbitten salennigst an unsern Kassierer, E. Svendsen, Nömergade 20, Kopenhagen K.

Unternehmer-Verbände.

Bäckerinnungsschmerzen. Der Verband deutscher Bäckerinnungen „Germania“ ist zu einem „Tage“ von drei Tagen in Magdeburg verlammt, wobei er sich u. a. auch mit der Bäckerinnungsverordnung, dem gesetzlichen Ladenschluß, der Sonntagsruhe, mit Bildung eines Streikfonds usw. beschäftigt. Nicht nötig zu sagen, daß man gegen den Maximalarbeitsstag, gegen den Ladenschluß, gegen die Sonntagsruhe, überhaupt gegen alles ist, was man auch nur den Anfang eines Fortschritts in der socialpolitischen Gesetzgebung nennen kann. Zur Bäckerinnungsverordnung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die zum Verbandstag versammelten Bäckermeister protestieren fortgesetzt gegen die Verordnung des Bundesrates vom 4. März 1898, weil eine Vereinfachung zum Erlaß derselben nicht vorliegt. Sie ersuchen den Reichsminister, beim Bundesrat die Aufhebung der Verordnung zu beantragen. Sollte die Aufhebung aus Gründen, die sich unserer Beurteilung entziehen, unzulässig oder undurchführbar sein, so wolle der Bundesrat an Stelle der jetzt zulässigen Arbeitszeit entweder Aufhebung von 8 Stunden oder solche von 10 Stunden pro Tag unter Gewährung von 50 Ueberarbeitsstunden verordnen. Ferner wolle derselbe bestimmen, daß die Schuldigen, welche die Verordnung übertreten, zur Bestrafung herangezogen werden, sowie auch, daß die Verfolgung der Uebertretung innerhalb acht Tagen nach der That zu geschehen hat.

Der von uns durch Sperdrud hervorgehobene Satz dieser Resolution ist das interessanteste an der ganzen Verhandlung. Die Bäcker scheinen die Erfahrung gemacht zu haben, daß die Verordnungen gegen die Bäckerinnungsverordnung oft strafflos ausgehen, wie denn auch ein Bäckermeister Müller aus Breslau, lobend konstatierte, daß bei der Beurteilung der Verordnungen gegen die Verordnung „Nachsicht“ geübt würde; die Beurteilungen sind nach ihm milde, da man sich überzeugt habe, daß den Meistern Unrecht zugefügt werde.

Beschlossen wurde dann noch die Absendung einer Petition gegen die Sonntagsruhe und eine Resolution gegen Anträge der Reichstagskommission zum Ladenschluß. Zum Kampfe gegen die Gesellen werden sich wahrscheinlich die Germania und die siddenschen Verbände vereinigen.

Lokales.

Der Wahlverein für den 4. Kreis (Südosten) hält am heutigen Tage bei Dr. Dr. Waldemarstraße 75, seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab, in der Genosse Karl Pantow über „Platonischen und unchristlichen Kommunismus“ referieren wird. Zahlreiche Beteiligung erwartet Der Vorstand.

Arbeiter-Bildungsschule. Sonntag, den 20. August: Familienausflug nach Pehlendorf-Weelhof. Besichtigung der Charlottenburger Wasserwerke in Weelhof. Abfahrt 8.30 Uhr Berlin Wannseebahnhof. Treffpunkt: Bahnhof Pehlendorf 9 Uhr. Für Rückfahrer bis 3 Uhr nachmittags: Restaurant Kapotte, Weelhof. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Das Komitee.

Die Mitglieder werden nochmals darauf hingewiesen, daß der Schluß der Bibliothek am vergangenen Mittwoch stattgefunden hat. Diejenigen, welche noch im Besitze von Büchern sind, wollen dieselben umgehend bis Mittwoch, den 16. d. Mts., abliefern. Der Vorstand.

Zum Wahlrecht der Schlafburischen. Dem „Berl. Tageblatt“ ist es vorbehalten, den Verzicht des Magistrats, durch Abgabe des Wahlrecht der Schlafburischen zu befestigen, zu loben. Es behauptet, das Ober-Verwaltungsgericht habe stets zu Ungunsten der Schlafburischen entschieden. Das „Berliner Tageblatt“ rechnet hierbei auf die Unkenntnis seiner Leser. Demnach ist es noch niemals das Ober-Verwaltungsgericht eine solche Entscheidung getroffen.

Im Gegenteil ergibt sich aus den Darlegungen des Ober-Verwaltungsgerichts, daß es in Uebereinstimmung mit den Motiven, dem Wortlaut, dem Sinn und der Entstehungsgeschichte der berühmten Definition in der Städteordnung: „Selbständig ist, wer einen eigenen Hausstand hat“, diese Definition nicht mit dem „Tageblatt“ dahin auslegt, daß es auf die Größe und die Art der eigenen Bewohnung ankomme. Es bedeutet diese Definition weiter nichts, als ob daselbe: Selbständig ist, wer seinem fremden Haushande angehört. Das besagten ausdrücklich die Motive der Gemeinde-Ordnung und das ist nach den zutreffenden Ausführungen des Ober-Verwaltungsgerichts in seiner Entscheidung vom 8. October 1898 auch bei der Veratung der Städte-Ordnung ausdrücklich anerkannt. Es heißt in diesem vom „Berliner Tageblatt“ mit Unrecht zu Gunsten einer gegenteiligen Ansicht herangezogenen Entscheidung wörtlich: Bei der Veratung der Städte-Ordnung wurde in der Kommission der zweiten Kammer der Veruch gemacht, dem Gesetze eine andere Fassung zu geben mit dem Antrage, statt der Worte „wer einen eigenen Hausstand hat“ zu setzen „wer keinem fremden Haushande angehört“. . . . Die Kommission lehnte aber den Antrag in Uebereinstimmung mit dem Regierungskommissarius ab. Jedoch nicht etwa, indem sie den Ausführungen und der Aufassung des Antragstellers entgegensteht oder solche als den Worten des Gesetzes zuwiderlaufend bezeichnete, sondern, wie der Bericht sagt, weil sie annahm, daß sich hierbei bei Anwendung der gleichen Vorschrift in der Gemeinde-Ordnung keine Schwierigkeit gezeigt habe.

Als unzulässig ist es nicht aus dieser Darlegung gerade des Ober-Verwaltungsgerichts zu entnehmen, daß auch dieses demjenigen für selbstständig ist und keinem fremden Haushande angehört. Sollte dies dem Organ des Herrn Rosse noch immer unverständlich bleiben, so mag die Nichtigkeit unserer Darlegung ihm vielleicht durch folgendes Beispiel klarer werden. Sein Chef, Herr Rosse, ist nicht als Besitzer seines Prachtbauens geboren. Es gab eine Zeit, wo er des Tags über rastlos arbeitete, um sich selbstständig zu erhalten und nur des Nachts eine Schlafstube benutzt haben mag. Damals war Herr Rosse selbstständig, da er weder als Gesinde noch als Lehrling oder sonstwie einem anderen Haushande angehörte. Wenn aber jetzt Herr Rosse einem seiner Angestellten einige Zimmer in seinem Hause mitsamt dem dazu gehörigen Reublement einräumt, die Stellung dieses Angestellten aber so gestalten würde, daß er nur ein Glied des Rosseischen Haushandes wäre, so wäre der Mann unselbstständig und nach der Städte-Ordnung nicht wahlberechtigt. Vielleicht ist das „Berl. Tagebl.“ so freundlich, als Gegenleistung für die ihm gewordene Aufklärung irgend eine Entschädigung des Ober-Verwaltungsgerichts zu citieren, das seiner Ansicht

nach in entgegengekehrtem Sinne anzulegen wäre. Sein Jubel darüber, daß der Magistrat den Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung angegriffen hat, bezeugt, daß ihm das Gefühl für Selbstständigkeit und für Selbstverwaltung in nicht höherem Maße als dem Magistrat selbst beiläufig.

**Der Geschäftsbetrieb der städtischen Sparkasse im Vierteljahr April-Juni dieses Jahres** war wiederum ein sehr bedeutender. Es wurden nämlich in diesem Zeitraum eingezahlt: 12 864 531,20 M., dagegen abgehoben 11 172 708,53 M., es ergab sich also eine Mehreinnahme von 1 691 822,67 M., wodurch das Guthaben der Interessenten sich auf 227 522 743,53 M. erhöht. Dasselbe verteilt sich auf 648 845 Sparkassenbesitzer. Das Gesamtvermögen der Sparkasse belief sich Ende dieses Jahres auf 246 455 072,70 M., einschließlich des Wertes der beiden, der Kasse gehörigen Grundstücke, Klosterstraße 68 und Zimmerstr. 90/91 in Höhe von 1 797 392,82 M. An Wechseln war ein Bestand von 11 394 644,65 M., während im Berichtsjahre zum Ankauf von Wechseln 13 020 777,80 M. verausgabt wurden.

**Im Juwelier-, Gold- und Silberschmiedehandwerk** findet in der Zeit vom 14. bis einschließlich 27. August eine Abstimmung der das Handwerk selbständig betreibenden darüber statt, ob für dieses Gewerbe im Bezirk der Stadt Berlin eine Zwangs-Eintragung errichtet werden soll. Die Abstimmung erfolgt an den Wochentagen von 10 bis 12 Uhr in den Diensträumen der Gewerbe-Deputation, Stralauerstr. 3-5, vorn 1. Treppe, Zimmer 85 und kann mündlich oder schriftlich zu Protokoll gegeben werden.

**Öffentliche Aufforderung zum Betrag.** In Nr. 368 der „Staatsbürger-Zeitung“ findet sich folgendes Inserat: „Nachhaltener und Angestellter von Fabriken und Compagnien gewährt sich Kunstanstalt, Plafate- und Eislettens-fabrik u. Buchdruckerei fortlaufende Provision für die direkte Zuwendung von Aufträgen. Der Geschäftsverkehr wird selbst übernommen und strengste Discretion gewahrt. Adress: u. N. R. 348 an Hasenstein u. Vogler K.-O. Berlin W. 8.“

Offentlich sind nicht alle Handlungsgeschäfte so thöricht, auf solche Anzeige hin sich einer struppelosen Firma wehrlos preiszugeben. Das Antisemitenblatt hat aber durch die Aufnahme dieses Inserats seiner Sache einen sehr zweifelhaften Dienst erwiesen. Ober hört bei ihm die an sich schon ziemlich schematische deutsche Wiederleit im Annoncentheil völlig auf?

**Auf dem Wannseebahnhof,** so berichtet uns ein in Steglitz wohnhafter Buchdrucker, hatte ich am Sonnabend den Zug veräumt und wollte nun die mir geliebte Ruhe zum Ausruhen benutzen. Da auf dem Bahnhof selber keine Bedürfnisanstalt vorhanden ist, wollte ich mich in den Korridor begeben und ersuchte den Bahnsteigschaffner, meine vor wenigen Minuten durchlochte Arbeiter-Woche-latte als Legitimation für meine Rückkehr anerkennen zu wollen. Der Schaffner wies mich an den Stationsvorsteher, der einen entsprechenden Vermerk auf die Karte setzen mußte. Dieser Vorgesetzte erklärte jedoch rüchweg, daß er mir die vom Schaffner geforderte Bescheinigung nicht geben könne oder wolle. Mir blieb in solcher peinlichen Lage nichts übrig, als auf dem Bahnsteig auszuharren, doch wäre fortan zu wünschen, daß den Stationsbeamten Anweisung gegeben würde, derart bescheidene Wünsche des Publikums thunlichst zu erfüllen.

**St. Seban** wird in der städtischen Verwaltung in diesem Jahre zum letzten Male durch Plagen des Nathaussturmes, durch Illumination, und um 1 Uhr mittags durch eine Musikaufführung von der Galerie des Rathauses gefeiert werden. In Zukunft soll an der Stelle von St. Seban der 25. Juni, der Tag der immer noch unbefähigten Ober-Vürgermeisterwahl, patriotisch wiebevoll durch Feuerwerk, Festschmaus und Abendung einer Vertrauensgen Ergänzungsadresse begangen werden.

**„Väterliche Züchtigung.“** Ein geradezu empörender Vorfall wird gleichzeitig von einem hiesigen Lokalblatt und von der „Staatsb.-Ztg.“ berichtet: Danach war dem in der Genslerstraße 15 wohnenden Kaufmann Frank, der sich mit seiner Familie im Bade befindet, die verleumderische Radrikt hinterbracht worden, daß sein Dienstmädchen in den Kleidern ihrer Madame ausgehe. Frank reiste auf diese Mitteilungen hin nach Berlin zurück, stellte sein Dienstmädchen, die 23jährige Johanna L., zur Rede und verlangte von ihr, sie solle ihr Hemd zeigen. Als das Mädchen durch das auf dem Einsatz befindliche Monogramm bewies, daß das Hemd ihr gehörte, verlangte Frank ihre vollständige Entkleidung, und thörichtlich setzte er es durch, daß nach wenigen Minuten die L. trotz ihrer Weigerung wirklich bis aufs Hemd entkleidet vor Frank stand. Aber auch diese letzte Hölle mußte fallen. Frank rief sie dem Mädchen trotz energischem Widerstandes vom Seibe, so daß dieses nun völlig unbedeckt vor ihm stand. Jetzt mußte die Ungläubliche dem Frank ins Nebenzimmer folgen. Hier lag ein Kopsfuß bereit, und mitten im Zimmer stand ein Holzschmel. Ueber diesen sollte sich die L. legen. Als sie dies nicht thun wollte, ergriff sie Frank, rief sie über sein Anie und züchtigte sie mit dem Stock, bis sie fast das Bewußtsein verlor. Dann erst hatte der Rächer seiner Hauschere seiner „Entrüstung“ (ober Häßlichkeit?) Genüge gethan. Einige Stunden später aber folgte er seinem bisherigen Verhalten noch hinzu, daß er sich durch Augenschein von der Wirkung seiner Züchtigung überzeugte. Aus Scham unterließ es die L. sofort Anzeige zu erstatten. Erst am folgenden Tage gab sie sich zu dem in der Winterfeldstraße 83 wohnhaften Sanitätator Dr. Stolzenberg, der sie untersuchte. Er fand, dem von ihm angestellten Zeugnis zufolge, das Gefäß teilweise mit blauen Striemen bedeckt, teilweise gänzlich blauverfärbt und blutunterlaufen. Durch die Mißhandlung war die L. die sich unter dem Schutz des Fröbelschusses begeben hat, für kurze Zeit dienstunfähig. Jetzt hat sie gegen Fr., der sich mit dem empörenden Einwand entschuldigt, daß er sich nur eine „väterliche Züchtigung“ gestattet habe, auf civilrechtlichem Wege ihre materiellen Ansprüche geltend gemacht, doch dürfte die Sache auch strafrechtlich noch ein Nachspiel haben.

Wir sind gespannt, ob die Richter bei dieser wirklich skandalösen Noheit einen ähnlich strengen Maßstab anzulegen belieben, als er jetzt gewöhnlich bei den verhältnismäßig harmlosen Vergehen ausländischer Arbeiter in Gebrauch ist.

**Blutige Folgen hat ein Weiratsgefuch** gehabt, das dieser Tage von sich reden machte. Durch Inserat in einem hiesigen Blatte suchte eine „junge Dame, 23, welche im stände und gelommen ist, einen Mann zu ernähren, zwecks Weirat die Bekanntschaft eines hübschen Herrn“. Wie sich jetzt herausgestellt hat, schrieb die sonderbare „junge Dame“ außerdem an viele junge Leute in verschiedenen Stadtgegenden Paketfahrt-Kartenbriefe ähnlichen Inhalts und bat die Empfänger, sich zu einer Aussprache am Sonnabendabend zwischen 8 und 9 Uhr in der Gastwirtschaft Mantuffelstraße 47 einzufinden. Gegenseitiges Erkennungszeichen sollte eine weiße Kelle sein. Zu der bestimmten Zeit kamen die 40 bis 50 Mann in die bezeichnete Wirtschaft. Die erwartete junge Dame blieb unsichtbar. Die meisten jungen Männer empfahlen sich bald wieder, einige aber wollten doch den Ausgang der Dinge abwarten. Als die Vermutung laut wurde, daß der Wirt das Mittel angewandt habe, um recht viele Gäste zu bekommen, da ging ihnen das doch über den Späß. Die Gesoppten machten allerhand Anspielungen, aber die Stammgäste ließen sich die Belästigungen ihres Wirtes nicht gefallen und so bildeten sich bald zwei Parteien. Als um 11 Uhr das Geschäft geschlossen wurde, kam es zu einem heftigen Zusammenstoß. Auf beiden Seiten gab es blutige Köpfe, die „Weihnellen“ unterlagen. Als die Polizei eingriff und einige Kämpfer auf die Wache des 54. Regiments am Kottbuser Ufer brachte, waren die „Weihnellen“ so über zugerichtet, daß man sie auf der Rettungswache in der Dalberstraße 10 verbinden mußte. Der Schneider L. aus der Tiltterstraße war am Gesicht und am rechten Ohr, der Vergolder W. am ganzen Kopfe bedeutend verletzt; der Schuhmacher Albert B. aus der Weberstraße hatte einen schweren Tritt gegen den Unterleib bekommen, ein gewisser Josef Soltscheider mehrere Kopfwunden. Die Kartenbriefe nahm die Polizei an sich, um den Absender zu ermitteln.

**Herr Ingenieur Wolter, Müllerstraße 18,** erludt uns, mitzutellen, daß sein zur Zeit verzeiter Vater, der die Würde eines Armentommissions-Vorsichters bekleidet, mit dem in Nr. 187 auch von uns gekennzeichneten Fall, den wir unter der Stichmarke „Etwas ist faul etc.“ meldeten, nichts zu thun habe.

**Vom Bau gestürzt** ist gestern morgen der Maurer Friedrich Behrendt aus der Grolmannstr. 38 zu Charlottenburg. Er fiel etwa acht Meter hoch von einem Gerüst eines Neubaus herab und wurde mit schweren Kopf- und inneren Verletzungen durch die Sanitätswache und Rettungstation in das städtische Krankenhaus gebracht.

**Durch Sturz aus dem Fenster** sind binnen wenigen Stunden zwei Personen ums Leben gekommen. In dem einen Falle handelt es sich um einen Selbstmord, in dem andern um ein Unglück. In der Mantuffelstraße 85 wohnte im vierten Stock des Vorderhauses seit 9 Jahren der Radierer Dietrich mit seiner Frau Maria geborenen Schieple. Als der Mann im vorigen Jahre starb, war die 48 Jahre alte Frau auf sich selbst angewiesen und ernährte sich durch Maschinennähen, obwohl sie seit 15 Jahren unterleibskrank war. Das Elend hat ihre Gedanken an Selbstmord eingegeben, gestern in aller Frühe stürzte sie sich aus dem Fenster und blieb tot liegen. Der zweite Fall spielte sich in wenigen Minuten ab. In ihrer Wohnung im vierten Stock des Hauses Willibald Klerigstraße war Sonntagmorgen kurz nach 5 Uhr die Frau des Schlossers Thiele in der Nähe beim Abwaschen des Ehegeschirres, während ihr Mann sich schlafen gelegt hatte. Frau Thiele hatte ihr noch nicht zwei Jahre altes Töchterchen Frieda am Küchentisch auf einen Stuhl gesetzt. Gestern lauschte das Kind einer Drehorgel, die auf dem Hofe spielte, und sah ganz ruhig da. Als aber die Musik verstummte, erhob es sich plötzlich, kletterte vom Stuhl auf die Fensterbank, lehnte sich hinaus, um zu sehen, wo der Biermann geliebten sei, verlor das Gleichgewicht und stürzte auf das Asphaltpflaster des Hofes hinab. Mit gebrochenem Nackgrat blieb es liegen und verschied auf der Stelle.

**Auf einem Spaziergange** verunglückt ist vorgestern Nachmittag der ca. 30 Jahre alte Rentier Normann aus der Berlinerstraße 59 zu Charlottenburg. Normann war mit seiner Schwester in die Jungfernheide gegangen, glitt auf dem Steingeröll von einem Hügel herab und brach sich einen Arm. Die Rettungstation brachte dem Verunglückten die erste Hilfe.

**Unfug.** Sonntagabend wurde der obdachlose 23 jährige Radierer J. Cholewski in der Linienstraße verhaftet. Er hatte die Feuerwehrt böswilligerweise nach dem Koppelnplatz alarmiert und war dann entflohen. Sein Thun war aber nicht unbeachtet geblieben, so daß er, als er belustigt zusah, wie die Feuerwehr vergebens nach der Ursache der Feuermeldung forschte, ergriffen und nach der Polizeiwache gebracht werden konnte. Er wird wegen Sachbeschädigung und Verübung groben Unfugs vor Gericht gestellt werden.

**Das Konkursverfahren** ist vorgestern über das Vermögen des Tuchhändlers Hermann Heinrich aus der Lindenstr. 106 verhängt worden, der sich anfangs dieses Monats auf dem Schlesischen Bahnhöfe durch einen Revolveranschlag getödtet hat. Die an den Selbstmord geknüpfte Vermutung, daß Heinrich wegen geschäftlicher Schwierigkeit zur Waffe gegriffen habe, wird dadurch bestätigt.

**Unglücksfall bei einer Karussellfahrt.** In dem Restaurant „Schweizergarten“ am Friedrichshain brach, wie der Polizeibericht meldet, ein Teil des Karussells während des Betriebes zusammen. Sechs in einem Schalter befindliche Personen wurden herausgeschleudert, glücklicherweise aber bis auf ein Mädchen, das eine Hüfterverrenkung erlitt, nicht weiter verletzt.

**Ein Mißverständniß.** Der Polizeibericht meldet: Als gestern gegen Abend die Frau des Tischlers Sinner von einem Ausgang in ihre Melancthonstraße 26 gelegene Wohnung zurückkehrte, und der Gemann trotz wiederholten Hörens nicht öffnete, bat sie einen im Hause wohnenden Wädereigenen, durch das offene Fenster in ihren zu ebener Erde gelegenen Wohnraum zu steigen und ihn von innen zu öffnen. Der Wädereigene that dies auch, der Gemann aber, der in einem Nebenzimmer auf dem Sofa schlief, erwachte darüber, stürzte sich in dem Glauben, einen Eindringling vor sich zu haben, auf ihn, verlegte ihm einen Schlag über den Kopf und warf ihn durch das offene Fenster auf den Hof zurück. Glücklicherweise ist der Gefelle mit einer ungefährlichen Kopfwunde davongelommen.

**Vermisst** wird seit Mittwoch der 37 Jahre alte Ober-Telegraphen-assistent Wilhelm Timm, der früher auf dem Haupt-Telegraphenamt beschäftigt und seit einem Jahre außer Dienst war. Timm, der sehr nervös ist, war bei seinem Schwager in Liebenwalde zu Besuch und sollte am Mittwoch mit einem Wagen nach Oranienburg gebracht werden, wo ihn seine Frau erwartete, um mit ihm heimzufahren. Als er abends vorher von der geplanten Rückkehr hörte, entfernte er sich heimlich und ist seitdem vermisst. Der Vermisste, der in der Danzigerstr. 30 wohnte, ist 1,70 Meter hoch und schlant, hat einen kleinen blonden Schnurrbart, spärliches Kopshaar und ein blaues Gesicht und trägt einen schwarzen Gehrock-Anzug, ein weißes Vorhemd, gelbe Handschuhe und einen grauen Hut oder eine graue Mütze.

**Eine Explosion,** die auf Selbstentzündung von Benzin oder anderen Oelen zurückgeführt wird, erfolgte Sonntagabend Chausseestraße 28 b in der Maschinenfabrik für Hedewerke und Dampf-anlagen von Karl Flohr. Das Quergebäude des zweiten Hofes enthält parterre den sogenannten Farbenraum, in welchem kleinere Mengen Farben, Drogen und Oele zum Gebrauch aufbewahrt werden. Wodurch nun die Explosion hervorgerufen wurde, ist nicht aufgeklärt, es wurde nicht einmal eine erhebliche Detonation verpärt! Um so rätselhafter erscheint es, daß eine vom Brandherde nach der ersten Etage führende starke Granittreppe auf eine eigentümliche Weise zerstört wurde. Sämtliche Stufen sind nämlich derart demoliert, daß aus der Mitte je ein etwa zwei Fuß großes Stück herausgerissen wurde, während die Endstufen zu beiden Seiten hängen blieben, so daß in der Mitte eine leere Gasse entstand. Der weiter angegriffene Schaden ist nicht bedeutend, da das Feuer in kurzer Zeit beseitigt werden konnte. — Zur selben Zeit kam Elisabethstr. 18 im Laden eines Drogen-geschäfts ein Schadenfeuer aus, das glücklicherweise durch die Feuerwehrt noch erstickt werden konnte, bevor es eine gefährliche Ausdehnung erlangte.

**Ein größerer Dachstuhlbrand** kam Sonntagabend 1/8 Uhr in der Kochstraße 49 zum Ausbruch. Trotzdem die benachbarte Feuerwehrt aus der Lindenstraße rasch zur Stelle war, fand sie doch bereits einen ausgebreiteten Brandherd vor. Unter Zuhilfenahme einer mechanischen Leiter wurde das Feuer von zwei Seiten angegriffen und nach 1/2stündiger Arbeit gelöscht. Die Aufräumungsarbeiten nahmen jedoch noch fast zwei Stunden in Anspruch. Ein großer Teil der Dachkonstruktion, sowie der Bodenrahmen wurde eingestürzt. Ueber die Entstehungs-Ursache ist nichts Sicheres bekannt.

**Der Bürgersteig** an der von der Friedenstraße begrenzten Südseite des Georgenitshofes ist nur etwa 0,80 bis 0,90 Meter breit, mit Feldsteinen gepflastert und schlecht gangbar. Auch ist die Kirchhofmauer baufällig. Der Magistrat hat jetzt bei der Stadtverordneten-Versammlung den Antrag gestellt, sie möge den Ankauf eines Stückes Kirchhofsterrain von 328 Quadratmetern zum Preise von 80 M. mit der Maßgabe genehmigen, daß die schadhast gewordene Mauer seitens der Stadtgemeinde auf Kosten des Gemeindefrechenrats von Georgen durch eine neue ersetzt, zu den Kosten der letzteren aber städtischerseits ein Beitrag von 860 M. geleistet werde.

**Radspott.** Das Radrennen im Sportpark Friedenau war namentlich durch eine halbbrechende Motorfahrt bemerkenswert, in der die Sieger Rettig-Soibud 10 000 Meter in 9 Minuten 47 1/2 Sekunden zurücklegten. — **Raisfahren** Klasse B. 100, 50, 30 M. 1000 Meter. v. d. Lahn-Amsterdam 1. 2:01:2. Kunze-Berlin 2. Pulver-Amsterdam 3. Ganz leicht gewonnen. — **Raisfahren** Klasse C. 50, 30, 20 M. 1000 Meter. Siebenmann-Basel 1.

1:35:2. M. Biele-Berlin 2. G. Witz-Berlin 3. Siegte überlegen. Mehrstünderfahren. 200, 100, 50 M. 3000 Meter. Pflügger-Rudler 1. 3:58:2. Deders-Rettig 2. Albrecht-Siebenmann 3. Gewinn sehr sicher. — **Reunen** über 1 Stunde mit Schrittmachern. 1000, 500, 250 M. Emile Donhoue-Paris 1. 54,511 Kilometer. Alfred Köcher-Friedenau 2. 54,426 Kilometer. Lucien Vedna-Paris 3. 52,780 Kilometer. — **Motor-Landen-fahren.** 150, 80, 40 M. 10 000 Meter. Rettig-Soibud 1. 0:47:1. Müller-Retzsch 2. Dacier-Beurton 3. Mit großem Vorsprung gewonnen.

**Radrennen zu Treptow.** Das Hauptfahren für Rennfahrer über 1500 Meter gewann der Mailänder Rastfi in 2 Min. 13 1/2 Sek. vor Schmidt und Dutrieu. In dem über 1800 Meter gehenden Prämiensfahren siegte Peter (Berlin). Zweiter wurde Schmidt, Dritter Rastfi. Zeit: 2 Min. 29 1/2 Sek. Das Landensfahren, 3000 Meter, sah die Italiener Rastfi-Carbone vor Schmidt-Vorte und Scheuermann-Peter über das Band gehen. In der Hauptattraktion des Tages, dem 50 Kilometer-Reunen, fiel der Sieg an Dutrieu, dem Robl als Zweiter folgte, während den dritten Platz Nilodem belegte.

**Theater.** Gute wie im Schiller-Theater (Maroly-Oper) bei halben Preisen zum letzten Male „Der Bassenquied“ gegeben. Mittwoch traten Adele Voghti und Benedetto Vaccinoni in „Carmen“ zum vorletzten Male auf. — Herr Emil Thomass wird auch in der kommenden Saison im Thalia-Theater auftreten. — Das Volkstheater hat dem Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater die Aufführung des Schauspiel „Nabbi David“ von Karl Weiler, das anstandslos am Hof-Theater in Reiningen wiederholt aufgeführt wurde, verboten. Herr Direktor Thomass ist gegen dieses Verbot klagbar geworden. — In dem heute im Alexander-Platz-Theater beginnenden Schauspiel des Verwandlungs-Schauspielers P. K. Turpin ist nach bemerkt, daß der Künstler das Programm ganz allein besichtigt und in 176 Verwandlungen aufzutreten wird.

**Feuerbericht.** Sonntagmorgen wurde die Feuerwehrt zweimal nach der Umgehung der Stadt gerufen. Am Verlorenen Weg war Stroh und Gras auf freiem Felde in Brand geraten, während auf dem Exerzierplatz an der Schwedterstraße eine Wappel jedenfalls aus Mutwillen angezündet war. Kurz vorher mußte Wehnerstr. 23 ein Küchenbrand abgelöscht werden. Kottbuserstr. 40 wurden bei einem Zimmerbrände Möbel eingekauft. Ein Alarm nach Tempelhofer-Ufer 17 erfolgte, weil hier gemahlener Summi in Brand geraten war.

#### Aus den Nachbarorten.

**Wilmersdorf.** Die nächste Versammlung des Socialdemokratischen Vereins findet am Mittwoch, den 16. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Witte, Berlinerstr. 40, statt. Die sämmtlichen Mitglieder werden ersucht, ihre neuen Bücher in Empfang zu nehmen. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Gäste sind willkommen. Der Vorstand.

**Aldersdorf.** Den Mitgliedern des Socialdemokratischen Arbeiter-Bildungsvereins zur Nachricht, daß die Mitglieder-Versammlung eine Woche später am 23. August stattfindet. Der Vorstand.

**Ein entsetzlicher Brandunfall** hat sich Sonntagmorgen in Niedorf in der Ringbahnstr. 33 zugetragen. Die 23jährige Frau Clara des 82 Jahre alten Fischhändlers Emil Pisch wollte um 3 1/2 Uhr Kaffee kochen. Sie füllte den Spirituslöcher aus einer Flasche, die über der Maschine auf dem Küchentisch stand, machte dann Feuer und wollte nun erst die Flasche, die noch ungefähr einen Liter enthielt, an ihren Platz zurückstellen. Als sie zu diesem Zwecke einen Stuhl bestieg, geriet sie ins Wanken, und die Spiritusflasche entfiel ihrer Hand in die Flamme des Kochers und zerbrach. Der ausströmende Spiritus, der sich über die Maschine und auch über die Kleider der Frau verbreitete, loderte sofort hoch auf. Die Unglückliche war im nächsten Augenblick in eine Flamme, die ihre Kleidung verzehrte, ganz eingehüllt. Auf ihr Hilfeschrei eilte ihr Mann, der sich mit den beiden Kindern im Nebenzimmer befand, herbei, warf sich auf seine brennende Frau und suchte durch Decken das Feuer zu ersticken. Bevor ihm das gelang, war die Ärmste bereits am ganzen Körper verbrannt. Sie wurde mit einem Kängelschen Rettungswagen in eine Privatklinik gebracht. Pisch, der sich bei der Rettung seiner Frau an beiden Armen und Händen schwer verbrannte, befindet sich in seiner Wohnung in ärztlicher Behandlung.

**Ein Bootunfall** ereignete sich am Sonntagabend kurz nach 6 Uhr auf der Obersee beim Restaurant „Kaffhäuser“. Beim Blägewechseln schlug ein Boot mit fünf Insassen (4 Herren, 1 Dame) um, füllte sich sofort mit Wasser und ging unter. Alle fünf Personen fielen ins Wasser. Da schnell Hilfe zur Stelle war, konnten sämtliche Insassen gerettet werden.

**Das unsinnige Verhalten des Publikums** beim Bestiegen der Eisenbahnwagencoups hat Sonntagabend auf dem Bahnhof Nieder-Schöne-weide einen schweren Unfall zur Folge gehabt. Auf dem Bahnhof herrschte ein reger Verkehr der Sonntagsausflügler, die beim Einlaufen derzüge die Wagenabteile stürmten, jeder in dem Bemühen, für sich und seine Angehörigen möglichst bequem Platz zu erlangen. Weislich wurden von dem eingetragenen Publikum die Couperabteile ohne Rücksicht auf die ruhensitzenden zugelassen, um das Nachbringen weiterer Passagiere und Ueberfüllung der Wagen zu verhindern. Hierbei wurden einem zehnjährigen Mädchen, das im Begriff war einzusteigen und die linke Hand in die Thüröffnung gelegt hatte, die Finger gequetscht und derartig schwer verletzt, daß die Knochen zum Teil zerquetscht wurden. Leider gelang es nicht, den rücksichtslosen Urheber des Unfalles zu ermitteln. Das verunglückte Kind erhielt Hilfe bei einem Arzt in Nieder-Schöne-weide.

**In dem Raubmord in Alt-Dachow.** Die Berliner Kriminalpolizei hat die Untersuchung in der Nordstraße übernommen und den Kommissar L. mit den Nachforschungen betraut. Biewohl der Knecht W., der in erster Reihe verdächtig erscheint, die Bluttat verübt zu haben, bereits verhaftet ist, so wird die Untersuchung doch noch nach einer anderen Seite hin geleitet. Der verhaftete W. bestreitet entschieden jegliche Schuld, doch ist es ihm bisher nicht gelungen, sein Alibi nachzuweisen. Er behauptet, am vergangenen Dienstagabend bis 1/2 Uhr nachts in verdienenden Gastwirtschaften in der Belle-Alliance-, Gneisenau- und Horkstraße gewinkt zu haben. Die Hausungung bei ihm ist völlig resultatlos verlaufen. Von dem gestohlenen Gelde, es handelt sich um 1000 M. (Banknoten und Gold), ist nichts gefunden worden. Die Verurteilung der ermordeten Witwe Pisch hat am Sonnabendnachmittag auf dem Begräbnisplatz in Grünheide stattgefunden.

In dieser Angelegenheit wird ferner berichtet, daß der Richter W. sein Alibi nachweisen konnte und bereits wieder auf freien Fuß gesetzt ist.

**Eine Einbrecherbande von Schülungen** im Alter von 13 und 14 Jahren ist in Friedenau ermittelt worden. Die Jungen sind am letzten Freitag nachmittags in die Wohnung des im Bade weilenden Rechnungsrats P., Ringstraße 20, eingebrochen und haben dort mehrere Opengläser, Lopen, Cigarren-Etuis, ein Portemonnaie mit Inhalt, Schnalzwerg, Wästen und viele andere Gebrauchsgegenstände gestohlen, die sie in einen Sack packten und, nachdem sie mehrere Stunden in der Wohnung verweilt hatten, abends nach einer unbewachten Straße, der Haderstraße, schlepten. Hier befinden sich die unbewachten Möbelwagen eines Friedenauer Expediteurs, und in einem der Wagen brachten die Jungen den Raub und sich selbst unter. Sie wurden von dem Hund eines Radwädhlers aufgeführt und von diesem mitramt dem Raube nach der Arrestzelle gebracht. Der Anführer der jugendlichen Bande war der mit einem Verweis bereits vorbeistrafte 14 Jahre alte W. Er hatte den Schlüssel zur Wohnung des Rechnungsrats seiner Mutter, die dort Kuhwurstbrennstelle verrichtet, entwendet und zwei seiner Schulkameraden zu dem Einbruch überredet.

**Das Vorgehen, das Amidvorsteher von Oppen** in Aldersdorf gegen dortige Saalbesitzer zu üben beliebt, ist dieser Tage in Berlin der Saalbesitzer Berlins und der Umgebung zur Sprache gekommen. Herr Schmauser erzählte die Schwierigkeiten, die ihm bei ehrenhafter Ausübung seines

Verwech von dem sozialisten tödlichen Amtsvorsteher vor vierzehn Tagen in den Weg gelegt wurden, genau so wie sie kürzlich im „Vorwärts“ geschildert worden sind. Im Saalbesitzerverein fand diese Darstellung anfangs eine unglaubliche Aufnahme, als man sich später aber durch die vorgelegten Dokumente überzeugt hatte, wurde Herr Schmauser geratet, Strafanzeige gegen die Genannten zu erstatten. In zweiter Instanz wird sachgemäß der Saalbesitzerverein den rechtlichen Kampf gegen den Amtsvorsteher v. Oppen aufnehmen und durchführen.

## Gerihts-Zeitung.

**Eine abschreckende Robe** hat der Hausverwalter Otto K. u. v. an den Tag gelegt. Der gestern wegen wiederholten Betruges und Körperverletzung vor der 6. Ferienkammer des Landgerichts I stand. Der Angeklagte gehört zu der Kategorie der Heiratschwinder, er ist ein sogenannter „feinler Kerl“ und es scheint ihm nicht schwer zu sein, heiratslustige Mädchen zu beiführen. Mit einem Dienstmädchen Helene Jung hatte er ein Liebesverhältnis unterhalten, welches zur Ehe führen sollte. Nachdem ihm das Mädchen 78 M. überlassen hatte, sollte am 18. April Hochzeit sein und das Aufgebot wurde in aller Form bestellt. Das Mädchen gab 225 M. zur Einrichtung einer kleinen Wohnung her und das Mädchen zog zusammen. Kurz vor der Hochzeit verlangte er wieder Geld und als ihm dies verweigert wurde, kam es zu recht unangenehmen Szenen, in deren Verlauf das Mädchen einmal einen Vergiftungsversuch machte. Das Ende vom Liede war, daß er Helene Jung insamt an die Luft beförderte, ihr den Eintritt in die Wohnung verwehrete und als sie eines Tages die Herausgabe ihrer Sachen begehrte, sie mit Ohrfeigen traktierte. Inzwischen hatte er schon längst wieder mit einem anderen Dienstmädchen, Auguste Kempl, ein Liebesverhältnis angefangen. Das 23jährige, bis dahin völlig ehrsame Mädchen hatte seinen Liebesbetreibungen und seinem Ehedrucke geglaubt und nicht nur sich selbst ihm hingeeben, sondern ihm auch noch ihre Ersparnisse in Höhe von 130 M. zum Opfer gebracht. Als das Mädchen fühlte, daß sie Mutter werden würde, drang sie in ihn und beschwor ihn, sein Eheversprechen zu erfüllen und der Angeklagte versand es auch, ihr jeden Zweifel an der Ernsthaftigkeit seiner Werbung zu nehmen und sie in dem Glauben zu lassen, daß die Trauung baldmöglichst stattfinden solle. Er rebete ihr eines Tages vor, daß er, um die Eheglocke zu beschleunigen, eine Stelle in Hannover annehmen müsse, verabschiedete sich und ließ sich nicht wieder sehen. Das um ihr Glück und ihre Ehre betrogene Mädchen erfuhr dann durch Zufall, daß der Angeklagte gar nicht abgereist sei, sondern im Hause Grüner Weg 20 eine Hausverwalterstelle angenommen und nur sein Spiel mit ihr getrieben habe. In heftiger Verzweiflung stürzte sie eines Tages zu ihm, forderte von ihm Rechenschaft und verlangte wenigstens ihr Geld zurück, um mit dem Kinde, dem sie demnächst das Leben schenken würde, vor der ärmsten Not gesichert zu sein. Der Angeklagte hatte aber kein Erbarmen, er wies sie aus der Wohnung, gab auch ihre eine Ohrfeige und schleuderte sie, ohne auf ihren körperlichen Zustand Rücksicht zu nehmen, mit solcher Gewalt auf das Pflaster des Hofes, daß sie sich eine Anieverletzung zuzug und das Krankenhaus aufsuchen mußte. Sie hat bald darauf eine schwere Entbindung durchgemacht. Das Schöffengericht hat i. V. den Angeklagten mit Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit der Heiratschwinder und auf die Niedrigkeit der Vermögenslage, die er zur Schau trug, indem er ein armes Mädchen betrog und entehrte, zu einem Jahre Gefängnis verurteilt und sofort in Haft genommen. In der Berufungsinstanz erkundete ihm eine Helferin in der Person seiner geistreichen Braut Helene Jung. Diese hatte schon nach der schöffengerichtlichen Verhandlung versucht, ihm einen liebreichenden Brief ins Gefängnis zu schicken, in welchem sie die thätigsten schlaflosen Nächte schilderte, die sie in dem entsetzlichen Bewußtsein verbrachte, daß er durch ihre Anzeig eine so schwere Strafe erhalten. In der Berufungsinstanz entlastete Helene Jung ihren ehemaligen Liebhaber dergestalt, daß der Gerichtshof wohl oder übel den sie betreffenden Fall aufheben mußte. Die Strafe wurde daher auf acht Monate Gefängnis festgesetzt.

**Ein Betrüger gemeingefährlicher Art** stand gestern in der Person des Arbeiters Otto Meyer vor der ersten Ferien-Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte hat während der Zeit vom April bis Juni d. J. ganz Berlin unsicher gemacht. Es standen 30 Betrugsfälle gegen ihn zur Anklage, es ist aber anzunehmen, daß bei weitem nicht alle Fälle zur Anzeige gelangt sind. Der Angeklagte hatte sich eine Anzahl beinahe wertloser Schmuckgegenstände, wie Ketten, Ohringe mit Glassteinen u. dergl. besorgt. Er wickelte einen solchen Gegenstand, in einer Schachtel verpackt, in Papier, auf welches er dann den Preis schrieb. Nun suchte er sich einen Kaufmenschen auf der Straße auf, mit Vorliebe einen solchen, der eine Umhängetasche trug, woraus zu schließen war, daß derselbe Geldbeiträge einliefert hatte. Er fragte den Kaufmenschen, ob er sich schnell 30 Pf. verdienen wolle. Erhielt der Angeklagte eine bejahende Antwort, so zeigte er dem jungen Menschen den Inhalt der Schachtel und den darauf geschriebenen Preis. Er hat ihn sodann, die Schachtel bei einem Herrn Schulz, der in einem benachbarten Hause wohnen sollte, abzugeben und den Betrag dafür in Empfang zu nehmen. Er wolle unten auf den Woten warten, der ihm aber als Sicherheit so lange seine Tasche anvertrauen müsse. Unbegreiflicherweise fielen viele Kaufmenschen auf diesen Schwindel herein. Der Herr Schulz war natürlich nicht zu finden und der Angeklagte konnte von dem Woten nicht wiedergefunden werden. Die armen Kaufmenschen sind bisweilen um recht erhebliche Beträge gekommen, die von ihren unbedarften Eltern haben ersetzt werden müssen. Einmal schwindelte der Angeklagte einem Schneiderlehrling einen neuen Anzug ab, den dieser abliefern sollte, in einem andern Falle hatte er sogar einem Anaben ein Portemonnaie übergeben mit dem Auftrage, es bei einer angebenen Adresse abzugeben. Er ließ sich dafür so lange die Uhr des Woten geben. Dieser dachte nicht daran, das Portemonnaie auf den Inhalt zu prüfen, erst zu spät erndete er, daß es nur 51 einzelne Pfennige enthielt. Einem besondern Umstand hatte der Angeklagte es zu verdanken, daß er noch vor dem Justizhause bewahrt blieb. Er ist bereits zweimal wegen ganz gleichen Betruges bestraft worden, das erstmal mit einem Verweiche. Es stellte sich heraus, daß diese Strafe nicht den Personalien des Angeklagten hinzugefügt worden war, es konnte somit nur eine Vorstrafe des Angeklagten in Betracht kommen. Das Urteil lautete auf fünf Jahre Gefängnis und fünfjährigen Ehrverlust.

**Wie der Antscher Wilhelm Merkel** einen hohen Umsatz erzielte, kam in der Verhandlung zur Sprache, welche gestern gegen ihn vor der ersten Ferien-Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Merkel wurde am 1. April von einer hiesigen bedeutenden Schmalfiederei als Kaufher ange stellt. Er erhielt des Morgens zehn bis eif Genieser Schmalz in Satten ausgeliefert mit dem Auftrage, dasselbe bei alten oder neuen Kunden abzugeben. Da Schmalz ein Vörsenartikel ist, so wurde dem Angeklagten an jedem Morgen der Preis angegeben, den er beim Verkauf festzuhalten habe. Die Firma berechnete für sich nur 1 Pfennig pro Pfund Kuchen und ermächtigte den Angeklagten, in einzelnen Fällen den Verkaufspreis noch um 1/2 Pfennig herabzusetzen. Auffaenderweise kam der Angeklagte fast jeden Abend mit einem leeren Wagen nach Hause. Für einen Teil der Waren lieferte er das Geld ab, für den andern Teil die von den Abnehmern angeblieh unterzeichneten Liefercheine. Zwei Monate später machte die Firma die unliebbare Entdeckung, daß eif Liefercheine gefälscht waren. Der Angeklagte gab an, daß er das Schmalz 3 Pf. unter dem Vörsenpreise verkauft habe und um einen vorliegenden Ausgleich herbeizuführen, habe er die Liefercheine gefälscht. Obgleich die Firma einen Verlust von etwa 1300 M. erlitten hatte, behielt sie den Angeklagten dennoch in ihrem Dienste. Als Dank dafür verkaufte der Angeklagte zwei ganze Fuhren Schmalz für eigene Rechnung und übergab seiner Firma dafür zwei gefälschte Wechsel. Von dem Erlös kaufte der Angeklagte sich eine Wohnungseinrichtung an, da er demnächst heiraten

wollte. Bevor er dazu kam, wurde er verhaftet. Bei dem schweren Vertrauensbruch, den der Angeklagte sich hatte zu Schulden kommen lassen, konnte von milderen Umständen keine Rede sein. Das Urteil lautete auf anderthalb Jahre Gefängnis und Ehrverlust auf gleiche Dauer.

## Verfammlungen.

**Die Lohnbewegung der Bantischer und Einseher** stand auf der Tagesordnung einer Verfammlng, welche für beide Branchen am Sonntag bei Keller in der Koppenstraße abgehalten wurde. Der große Saal und die Galerien waren bis auf den letzten Platz gefüllt. Es handelte sich um die Entscheidung der Frage, wann die Forderungen der Arbeiter an die Unternehmer gestellt werden sollen. Aus den Berichten, welche Glode und Raab gaben, ist folgendes hervorzuheben: Am Sonnabend hat eine Verhandlung zwischen den Vertretern der Arbeiter und der Richterung, von der 23 Mitglieder an der betreffenden Sitzung teilnahmen, stattgefunden. Die Jnning hat die Forderungen im großen und ganzen bewilligt, nur meinte sie, hinsichtlich der Forderung einer wöchentlichen Abschlagszahlung von 27 M. könnten sich die Meister nicht unter allen Umständen festlegen, da doch sehr junge ebenso wie ganz alte Arbeiter nicht so leistungsfähig seien, um diesen Lohn in jedem Falle verdienen zu können. Die Kommission der Arbeiter hält jedoch grundsätzlich an der Abschlagszahlung von 27 M. fest und überläßt es den Kollegen der einzelnen Werkstellen, ob sie in bestimmten Fällen hierin eine Ausnahme zulassen wollen. Wenn nun auch die Jnningmitglieder im allgemeinen die Forderungen der Arbeiter anerkannt haben, so werde es — sagte Raab — doch mit der Durchführung derselben nicht überall so leicht gehen, denn manche Meister würden sich nicht geneigt zeigen, den Zuschlagungen der Jnning Folge zu geben, und es könne daher wohl in verschiedenen Werkstellen zu Differenzen kommen. Die Jnning habe sich bereit erklärt, in solchen Fällen, wo sich Meister und Gesellen über die Forderungen nicht einigen können, gemeinsam mit der Kommission der Bantischer die Streitigkeiten zu schlichten und eine Vereinbarung herbeizuführen. Eine Vertrauensmänner-Verfammlng der Bantischer und Einseher, welche vor der öffentlichen Verfammlng stattfand, habe nach eingehender Prüfung der Sachlage beschlossen, den Kollegen zu empfehlen, Montag, den 14. August, in allen Werkstellen die Forderungen vorzulegen. — Es folgte nun eine kurze Diskussion, in der mehrere Redner aus der Umgegend Berlin erklärten, daß sich die Kollegen in den Worten der Bewegung in vollem Umfange anschließen, nur die Kollegen in Friedrichshagen wollten sich nicht an derselben beteiligen, weil die dortigen Werkstellen augenblicklich nicht viel zu thun hätten. v. Krowoski, ein Mitglied des christlichen Vereins „Arbeiterjugend“, erklärte, daß sich die in seinem Verein organisierten Bantischer dem Vorgehen ihrer Kollegen vom Holzarbeiter-Verbande anschließen und gleichfalls in die Bewegung eintreten, denn sie möchten nicht, daß man sie als Streikbrecher bezeichne. Er ersuchte die Kommission, dem „Arbeiterjugend“ von dem Eintritt in die Bewegung Mitteilung zu machen. Glode beauftragte den Redner, daß er seinen Verein eine dahingehende Mitteilung offiziell überbringe. — Die Verfammlng beschloß, daß am Montag über die Forderungen der Bantischer und Einseher zu stellen sind. — Das Resultat des Vorgehens soll durch die Vertrauensmänner der Werkstellen sofort an das Bureau, Alte Jakobstraße 75 bei Feuerstein, gemeldet werden. — Die imposante Verfammlng schloß mit einem brausenem Hoch auf das Gelingen der Lohnbewegung und den Holzarbeiter-Verband.

**Die Händler und Händlerinnen** waren am Sonntag wieder versammelt, um die seit längerer Zeit betriebene Agitation gegen das Verbot des Straßenhandels fortzusetzen. Gottfeld betonte in seinem einleitenden Referat, daß die neue Polizeiverordnung vom 8. Juli dieses Jahres, wodurch das Verbot des Straßenhandels auf allen Plätzen und Straßen mit elektrischen Bahnhöfen ausgedehnt werde, nur darauf abziele, den Straßenhandel in Berlin gänzlich zu beseitigen, obwohl das gegen die so viel geprüfene Gewerbefreiheit verstoße. Als eigentlicher Veranstalter dieser Maßregel sei der Verband der sogenannten schmalen Gewerbetreibenden und Hausbesitzer zu betrachten, weil diese Leute angeblich in ihrem Erwerb durch den Straßenhandel ebenso gefährdet werden, wie durch die Konkurrenz der Bazare und Warenhäuser. Wenn aber das Publikum kein Bedürfnis hätte, vom Straßenhändler zu kaufen, wie in anderen Städten, würde der Straßenhandel ohne Polizeimahregel von selbst aufhören. Wollte aber das Publikum lieber beim Straßenhändler als in der Markthalle oder im Obst- und Grünkräutladen seinen Bedarf decken, dann habe auch niemand ein Recht, dies zu hindern. Redner erwartet daher, daß sich alle Straßenhändler Berlin gegen diese Maßregeln auflehnen, um die Ausübung derselben zu erlangen und empfiehlt in diesem Sinne eine Resolution, wodurch die Verfammlng gegen das Verbot protestiert. In der Diskussion wurden von Frauen und Männern, wie schon in früheren Verfammlngen, die Härten der polizeilichen Beschränkung und die üblen Folgen der Strafmandate und Haftstrafen für arme Familien z. besprochen; ein Redner erwähnte z. B., daß er bereits 200 Strafmandate erhalten habe! Dazu komme noch die geradezu unverständliche Ungleichheit der Verbote; was an dem einen Ende einer Straße erlaubt ist, werde am andern verboten, weil auch für die Radfahrer der Straßenhandel hinderlich sei. Nachdem Müller noch erwähnt, daß in nächster Zeit behufs weiterer Agitation Volksversammlngen stattfinden sollen, gelangte die Resolution einstimmig zur Annahme.

**Eine Bantischer-Verfammlng** der Zahlstellen Adlershof, Köpenick und Friedrichshagen beschäftigte sich am 10. d. Mts. bei Schmauler, Adlershof, mit der Stellungnahme zur Lohnbewegung der Bantischer. Fendel-Berlin gab in längerer Rede ein lares Bild der jetzigen Verhältnisse. In der hierauf folgenden Diskussion sprachen alle Redner im Sinne des Referenten. Nachdem die neu ausgelegte Tabelle über die Accordpreise verlesen war, wurde einstimmig beschlossen, in die Lohnbewegung mit einzutreten.

**Essentielle Verfammlng.** Mittwoch, den 10. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Friedrichshäger Hofes, Friedrichstraße 236, öffentliche Verfammlng. Tagesordnung: Die Kanalvorlage und der preussische Landtag. Referent: Farrer Raumann. Danach freie Aussprache. Jedermann ist eingeladen.

## Litterarisches.

**Die Verhandlungen im Dresden-Prozesse**, der sich jetzt in Rennes abspielt, werden nach vorläufiger Anklage vom Verlage der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ in Dresden als Broschüre herausgegeben werden. Die Broschüre wird nach den stenographischen Aufnahmen hergestellt und ein vom Genossen Jaurès geschriebenes Vorwort erhalten. Die Broschüre dürfte nicht nur ein wertvolles zeitgeschichtliches Dokument, sondern auch ein hervorragendes antimilitaristisches Agitationsmittel werden.

Alle näheren Mitteilungen über Preis, Umfang und Erscheinungsdatum der Broschüre erfolgen später.

## Vermischtes.

**Ein schweres Eisenbahnunglück** hat sich am Sonntagabend in der Gegend von Schandau ereignet. Ein Personenzug fuhr auf dem Bahnhof der von Schandau kommende Personenzug 540 auf einen noch vor dem Einfahrtsignal haltenden Güterzug auf. Dabei wurden 2 Personenwagen und 3 Güterwagen zerstört. Von den im zweiten Personenzug sitzenden Reisenden wurden 6 Personen schwer, 4 leicht verletzt. 5 Schwerverletzte wurden in dem städtischen Krankenhaus untergebracht. Ob der Unfall durch Uebereifen eines

Signals erfolgte, wird, wie amlich mitgeteilt wird, durch die sofort eingeleitete Untersuchung festgestellt werden.

Am Anstich an diese Mitteilung geht uns aus Birna noch folgende Schilderung zu: Das Eisenbahnunglück, das sich Sonntagabend nach 9 Uhr oberhalb Birnas ereignete, tief auf dem stark frequentierten Bahnhöfe hier eine für solche kleine Verkehrrerhältnisse geradezu lebensgefährliche Situation hervor. Die Bahnlinie Dresden—Birna—Wobdenbach gehört zu den am stärksten frequentierten in Sachsen. Es laufen in Birna auch andere Hauptlinien (Hainzen) und zwei Sekundärbahnlinien zusammen. An Sommer-Sonntagen bei schönem Wetter sind schon unter normalen Verhältnissen die Bahnhöfeanlagen völlig unzureichend. Am Sonntag war nun noch dazu Vogelwiese. Da der Zugverkehr oberhalb Birnas auf der Wobdenbacher Linie völlig unterbrochen war von der Unglücksstelle weg, drängte sich nun etwa zwei Stunden lang der ganze Personenverkehr auf dem Bahnhof zusammen. Alle Räume, der ganze Perron bis weit darüber hinaus standen dicht voll Menschen, Kopf an Kopf. Ja sogar das nach dem Perron zu liegende Geleis war bis ans zweite hinter besetzt. Das Bahnpersonal hatte alle Mäße, das Publikum beim Einfahren der von Dresden zur Verbesserung einfahrenden Züge vom Geleis zurückzudrängen. Nicht vor der Menschenmauer fuhren die Züge ein und vorbei. Nach Stillstehen des Zuges entstand nach dem mit Gaff erfolgten Öffnen der Aussichtsklappen ein regelrechter Faustkampf um die Plätze. Ob 1., 2. oder 3. Klasse, danach fragte natürlich überhaupt niemand — nur hinein, die Abteile vollgepackt, daß keine Bewegung möglich war, nur fort, fort! Etwa um 1/2 11 Uhr kam der Sanitätswagen von der Unglücksstelle gefahren. Man konnte in dem stillstehenden Personenzug ganz deutlich die in dem langsam vorbeifahrenden Wagen sich vollziehenden Vorgänge beobachten. Ein Arzt mit Sanitätspersonal waren mit dem Verbinden der Verletzten beschäftigt. Unruhig war diese Gruppe von einer Anzahl von Feuerwehrlenten, welche an der Unglücksstelle wahrscheinlich Abwehrdienst verrichtet hatten. Es sollen 5 Personen verletzt sein; diese Zahl dürfte zu niedrig sein; genaues konnte man darüber bis jetzt nicht erfahren, da sich die Bahnverwaltung sehr reserviert in ihren Mitteilungen hält. Herbeigerufen soll das Unglück dadurch sein, daß sich von einem vorher verkehrenden Güterzuge die letzten zwei Wagen losgelöst haben und auf freier Strecke unbedeckt stehen geblieben sind. Auf diese Wagen ist der Personenzug aufgefahren.

**Eisenbahnunglück auf dem Bahnhof Kottbus.** Am Sonntagmorgen um 8 Uhr entgleiten auf dem Bahnhof Kottbus beim Rangieren sechs Wagen eines Güterzuges. Als Ursache wird das Ausbrechen einer Jnng in der Seitenverbindung angegeben. Personen sind nicht verletzt, dagegen soll der Materialschaden verhältnismäßig bedeutend sein. Außerdem wurden einige 30 Schweine und mehrere Kühe erdrückt.

**Eine gräßliche Mordthat** hält in Düsseldorf die Gemüter in Aufregung. Der Landgerichtsrat Morsbach hat Freitagmittag auf seinem gewohnten Spaziergange durch den Grafenberg Wald bei Arbeitern Kerker mit durchschnittenem Halse tot aufgefunden. Die Frau war durch zwei Stiche in die Brust schwer verletzt und dann durch Durchschneiden des Halses getötet worden. Ein Kerker mit Speisekammer, den die Ermordete bei sich trug, stand neben der Leiche. Die Stelle, an der das Verbrechen sich ereignete, ist eine der meistbesuchtesten des ganzen Waldes.

**Am Verdan** wird vom 11. August berichtet: Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich gestern abend kurz nach 9 Uhr in einer Gaubende am Schützenplatz. Beim Produzieren eines sogenannten „Lugels“ und feuergefährlichen Marmelade, welche ein 21 Jahre alter Knabe Jelenka aus Lodna in Böhmen darstellte, war aus Versehen der Löffel in den Lauf geblieben, der von dem nichts ahnenden Schützen dem bedauerndwertigen jungen Kerker in den Kopf geschossen wurde. Der Tod ist unterhalb des rechten Auges in den Schädel eingedrungen und kam hinten wieder heraus, so daß der Tod sofort eingetreten ist. Der Leichnam wurde polizeilich aufgehoben und die Wunde sofort geschlossen.

**Verhaftungen auf Puerto Rico.** Nach Telegrammen aus Puerto Rico ist das Unglück dajelbst infolge eines schrecklichen Orkans entstanden. Die Zahl der ums Leben gekommenen Personen wird niemals bekannt werden; doch weiß man so viel, daß sie 2000 überschreitet. Die Anpflanzungen sind vernichtet. Viele Liebesbede sterben vor Hunger. Man befürchtet eine Epidemie.

**Witterungsumschlag in der Tatra.** Im ganzen Tatragebiete stellte sich nach ungewöhnlicher Hitze der letzten Tage gestern starker Schneefall ein. Es herricht der „Böf. Jg.“ zufolge empfindliche Kälte. Sämtliche Spigen und Thäler der Tatraette sind mit glühendem Reuschnee bedeckt. Zahlreiche Sommerfrüher sind abgereist. In Brody und Umgebung fiel gestern dichter Hagel bei argem Gewitter. Schloffen fielen in Größe von Taubeneiern. Die Temperatur ist auf 5 Grad gesunken. In Brody wurden sämtliche Fensterscheiben und Strohenlaternen zertrümmert. Das noch auf den Feldern stehende Getreide ist gänzlich vernichtet. In dem galizischen Bade-Ort Jotopane ist Frost und Schneefall eingetreten.

## Marktpreise von Berlin am 12. August 1899

nach Ermittlungen des lgl. Volkspolizeiamts.		Schweinefleisch 1 kg		1,60	1,-
*) Weizen	D. Str.	15,90	14,80	1,60	1,-
*) Roggen		14,80	13,80	1,60	1,-
*) Futtergerste		13,30	12,80	1,60	1,-
*) Hafer gut		15,60	15,-	2,40	2,-
*) mittel		14,90	14,40	2,-	2,20
*) gering		14,30	13,80	1 kg	2,- 1,80
*) Rindfleisch		4,50	3,82	Kale	2,80 1,20
*) Schweinefleisch		6,60	5,70	Haber	2,60 1,30
*) Gries		40,-	25,-	*) Weizen	2,40 1,30
*) Speisebohnen		50,-	35,-	*) Roggen	1,80 0,80
*) Linsen		70,-	50,-	*) Gerste	2,60 1,30
*) Kartoffeln, neue		9,-	5,-	*) Hafer	1,40 0,80
*) Rindfleisch, Rente 1 kg		1,60	1,20	*) Weizen	12,- 2,-
*) do. Band		1,20	1,-		

\*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle des Preuss. Landwirtschaftsamtes — Notierungsschle — und umgerechnet vom Volkspolizeiamt für den Doppel-Centner.

\*) Kleinhandelspreise.

**Produktmarkt vom 14. August.** In Getreide war der Verkehr still. Am hiesigen Marke war die Tendenz für Brotgetreide etwas schwächer, namentlich Weizen, der aus dem Inlande reichlich angeboten war, gab bis 12 M. nach. Roggen war 0,25—0,50 M. unter Sonnabend zu haben. Hafer blieb ziemlich unverändert.

Am Spiritusmarkt wurden 37000 Liter 70er mit 48,00 M. (— 0,10 M.) gehandelt. Die Terminpreise gaben bei letztem Geschäft nominell 0,10 M. nach. — Kartoffelmehl loco 19,10 M. Trodene Kartoffelmehl loco 19,10 M.

**Berlin's Getreide- und Mehlzukunft** in Wasser vom 12. August mittags bis 13. August mittags betragen 54 To. Hafer, 1400 Doppelcentner Weizenmehl.

**Erleichtert vom 14. August.** Normale Mehl 2,00—2,25 M., keine 2,05—2,15 M. Berlin's Bierzukunft per Bahn in voriger Woche betragen 778 350 M., davon 768 630 M. per Niederschlesische Bahn, 5590 M. per Ostbahn, 3050 M. per Stettiner Bahn. Die Ausfuhr betrug 52 295 M., davon 11 200 M. per Niederschlesische, 10 010 M. per Stettiner, 6150 M. per Nord-, 2570 M. per Ostbayer, 1303 M. per Hamburg-Vestier, 20 492 M. per Potsdamer Bahn. Die Zahlen der Anhalter Bahn liegen diesmal nicht vor.

**Wetter-Prognose für Dienstag, den 15. August 1899.** Warm und vielfach heiter, zeitweise wolfig mit schwachen westlichen Stößen, keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

## Socialdemokratischer Verein „Vorwärts“

(Mittags) Den Genossen zur Nachricht, daß unter langjährigem Mitglied

### Wilhelm Braun

am 11. August verstorben und heute, Dienstag, abends 6 Uhr, von der Leichenhalle des Kirdorfer Kirchhofes, Kubowerstraße, aus beerdigt wird. Um zahlreiche Beteiligung ersucht. Der Vorstand.





